

M

MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitisches ver.di-Magazin März 2024 Nr.1



mmm.verdi.de
E 2814
Jahrgang 73

- Ringen um die Kosten
Rundfunkbeitrag soll steigen
- Wie wirken SLAPPs?
Klagen der Hohenzollern

MENTAL HEALTH im Journalismus



IM FOKUS: MENTAL HEALTH



Bildmontage: Seite 6

6 **PRODUZIEREN BIS ZUM UMFALLEN?**
Von Bärbel Röben

10 **TRAUMATA IM JOURNALISMUS**

12 **„DAS PROBLEM MIT DER LEIDENSCHAFT“**
Interview mit der Soziologin Prof Dr. Lena Hipp

14 **MEDIA HUB IN RIGA**
Ein Zufluchtsort für Exiljournalist*innen

16 **VERANTWORTUNG FÜR GESUNDHEIT**
Redaktionen werden sensibler für Mental Health

18 **STRESS IM LOKAL-JOURNALISMUS**
Ein Thüringer Kollege wird von Rechten bedroht

MEDIEN UND RECHT

4 **DER DIGITAL SERVICES ACT**
Warum die EU-Kommission gegen TikTok vorgeht

MEINUNG

5 **DEMOKRATIE IST KEIN BOXRING**
Umgang mit der AfD

MEDIENPOLITIK

20 **RUNDFUNKBEITRÄGE SOLLEN STEIGEN**
Die Empfehlungen der KEF fallen mager aus

22 **VERWALTUNGSRÄTE WERDEN TRANSPARENTER**
Die mächtigen Kontrollgremien der Öffentlich-Rechtlichen

BERUF

24 **HONORARUNTERGRENZEN BEI DER KULTURFÖRDERUNG**
Kalkulieren mit dem ver.di-Honorar-Rechner www.basishonorare.de

26 **SLAPPS: WIE WIRKEN DIE KLAGEN DER HOHENZOLLERN?**
Studie belegt Langzeitfolgen

INTERNATIONAL

28 **GUATEMALA HOFFT AUF EINEN WANDEL**
Lokaljournalismus unterstützt die Demokratisierung

27 **AHMAD MAHER**
Dem Journalist aus dem Jemen droht ein unfaires Verfahren

GEDENKEN

30 **DETLEF HENSCHKE SYBILLE STAMM HERMANN HAUBRICH HANNE DAUM**

TARIFE UND HONORARE

31 **ABSCHLUSS IM KINO**



ALLE PODCASTS UNTER:
[HTTPS://MMM.VERDI.DE/PODCAST/](https://mmm.verdi.de/podcast/)

Aktueller Podcast: Helpline- Hilfe für Journalist*innen bei mentaler Belastung

Seit November 2023 können Journalist*innen bei mentaler Belastung die kostenlose Helpline anrufen. Wir sprachen Projektleiter mit Malte Werner über Stressoren, die Verantwortung der Verlage und die besondere Betroffenheit von freien Journalist*innen.



Illustration, auch Cover: Petra Dreßler

Wenn Arbeit krank macht



Tagtäglich berichten Journalist*innen über Naturkatastrophen, Kriege und menschliches Leid. Das geschieht unter hohem Zeitdruck. Gleichzeitig müssen sie sich Sorgen machen über Entlassungen in den Redaktionen oder ihre eigene Sicherheit. Viele Journalist*innen nehmen die Transformation des Mediensystems als zusätzlichen Stress wahr (Seite 6).

Diese Arbeitsbedingungen fordern einen psychischen und physischen Tribut. Was Adrenalin und andere Stresshormone auf Dauer mit der Psyche und dem Gehirn anrichten können, ist inzwischen gut erforscht. Doch lange Zeit wurden die harten journalistischen Arbeitsbedingungen heruntergespielt oder sogar glorifiziert.

In jüngster Zeit ist die Mentale Gesundheit im Beruf aber immer häufiger ein Thema. Es wird offener darüber geredet, wenn Kolleg*innen unter Stress leiden (Seite 10). Das ist gut. Denn Arbeitsausfälle aufgrund psychischer Erkrankungen nehmen seit Jahren rapide – aber mit einem guten betrieblichen Gesundheitsmanagement vermeidbar. Allerdings haben Freie oft keinen Zugang zu internen Hilfesystemen. Sie bleiben mit ihren Problemen allein.

Dagegen boomt die Ratgeberliteratur: „Dein Weg zur Selbstliebe“, „Gesund ist das neue Sexy“ oder „Erfolgsformel Achtsamkeit“. Das ist frech: Denn es hilft nicht, die Probleme ins Private zu verschieben. Schlechte Arbeitsbedingungen lassen sich nun mal nicht wegmeditieren. Umso wichtiger ist die Suche nach gemeinschaftlichen Lösungen und vor allem auch die Arbeitgeber (Seite 16) in die Pflicht zu nehmen.

Das nächste gedruckte M-Magazin erscheint im Juli. Bis dahin wünschen wir Euch eine spannende Lektüre mit dem neuen Magazin. Noch mehr zum Thema hört ihr im aktuellen Podcast mit Helpline, der Telefonberatung für Journalist*innen.

*Julia Hoffmann,
verantwortliche Redakteurin*

Digital Services Act: Warum die EU-Kommission gegen TikTok vorgeht

M

it dem Digital Services Act (DSA), der nun in der gesamten EU gilt, sollen vor allem die großen sozialen Netzwerke stärker als bislang reguliert werden. Zu diesen gehört auch TikTok, die Plattform hat in der EU mittlerweile 135,9 Millionen monatlich aktive Nutzer*innen und ist vor allem bei Jugendlichen beliebt. Die EU-Kommission hat TikTok daher im April vergangenen Jahres als „sehr große Online-Plattform“ (Very Large Online Plattform, kurz: VLOP) eingestuft. In der Konsequenz muss die Plattform damit beginnen, eine Reihe von Vorgaben umzusetzen, unter anderem zum Schutz vor Minderjährigen.

Nun ist die EU-Kommission noch einen Schritt weiter gegangen und hat im Februar mitgeteilt, dass sie ein förmliches Verfahren gegen TikTok eingeleitet hat. Dieses soll dazu beitragen, „potenziellen Risiken für die Ausübung des Grundrechts auf körperliches und geistiges Wohlbefinden, für die Einhaltung von Kinderrechten sowie für die Auswirkungen auf Radikalisierungsprozesse zu begegnen“. Dabei geht es um mehr als eine Lappalie: TikTok wird schon länger vorgeworfen, dass die Funktionsweise der Plattform gezielt Verhaltenssuchte fördern könne.

Onlinedienste machen süchtig

So berichtet das EU-Parlament, dass durchschnittlich jedes vierte Kind und jede*r vierte*r Jugendliche, insbesondere die 16- bis 24-Jährigen, mehr als sieben Stunden pro Tag im Internet verbringen und diagnostiziert, dass ein Anstieg der psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen auch mit einer exzessiven Nutzung von sozialen Medien zusammenhängen könne. „Süchtig machende Online-Dienste wie Facebook, TikTok und Instagram“ richteten sich vielfach an Minderjährige – mit Folgen für die psychische Gesundheit. Sie sind so gestaltet, dass sie Nutzer*innen so lange wie möglich auf der Plattform halten.

Die EU-Kommission spricht in ihrer Pressemitteilung zudem von „Rabbit Hole“ Effekten, also dass Nutzer*innen dadurch, dass sie ein Video ansehen oder liken zunehmend gleiche Inhalte angezeigt bekommen und dazu verleitet werden, diese anzusehen – bis sie auf der Plattform schließlich nur noch mit einem Thema konfrontiert werden. Das mag bei Kochrezepten vergleichsweise harmlos sein. Gefährlich wird es

aber, wenn Nutzer*innen permanent mit Verschwörungsideologien oder anderen problematischen Inhalten konfrontiert werden und dadurch ein verzerrtes Bild der Realität erzeugt wird.

Um derartigen Gefahren vorzubeugen, sind sehr große Online-Plattformen nach dem DSA verpflichtet, eine ausführliche Risikobewertung ihres Dienstes vorzunehmen. TikTok betonte im August 2023, zahlreiche Änderungen vorgenommen zu haben, um den Anforderungen des DSA zu genügen. Die Möglichkeiten, illegale Inhalte zu melden, seien verbessert worden, die Personalisierung könne deaktiviert werden und Nutzer*innen zwischen 13 und 17 Jahren würde keine personalisierte Werbung angezeigt.

Verbot der Plattform in Europa möglich

Was TikTok zur Verminderung der Risiken für Nutzer*innen tut, fasste die Plattform im September 2023 in einem Bericht an die EU-Kommission zusammen. Offenbar war es zu wenig, nun wird die Behörde in Brüssel nachprüfen, ob Verstöße gegen EU-Recht vorliegen und welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um sie nachhaltig abzustellen. Darüber hinaus beschäftigt die EU-Kommission, ob die Altersverifikationstools von TikTok wirksam sowie ob angemessene Datenschutzeinstellungen gewährleistet sind.

Für TikTok könnte das Verfahren noch unangenehm werden, denn nach dem DSA droht nicht nur ein Bußgeld in Höhe von bis zu sechs Prozent des globalen Jahresumsatzes. Mit der förmlichen Einleitung des Verfahrens wird die Kommission weitere Beweise sammeln. Dabei ist TikTok zur Mitwirkung verpflichtet, beispielsweise muss die Plattform auf Verlangen nach Art. 67 DSA Auskünfte erteilen. Zeigt sich TikTok nicht ausreichend zur Kooperation bereit, kann die Kommission mit empfindlichen Zwangsgeldern reagieren. Im Extremfall ist sogar ein zeitweiliges Verbot der Plattform in Europa möglich. Wie lange es dauert, bis das Verfahren der EU-Kommission gegen TikTok abgeschlossen sein wird, ist allerdings schwer zu sagen. Gesetzliche Fristen gibt es keine.



Jasper Prigge ist Rechtsanwalt für Urheber- und Medienrecht in Düsseldorf

Foto: Kay Herschelmann

die Plattform TikTok hat in der EU mittlerweile 135,9 Millionen monatlich aktive Nutzer*innen

Demokratie ist kein Boxring

Im Superwahljahr 2024 stellt sich den Medien verschärft die Frage, wie ein angemessener Umgang mit der AfD aussehen könnte. Sie einfach zu ignorieren scheidet als Strategie aus. Zum einen wäre eine solche Verweigerung weitgehend wirkungslos. Mit ihrer Präsenz in den sozialen Netzwerken hat sich die Partei längst eine Bühne geschaffen, von der sie ungefiltert ihr krudes völkisches Weltbild unter den Menschen verbreitet. Zum anderen würde diese Verweigerungshaltung den Informations- und Aufklärungsauftrag der Medien gegenüber einer Partei konterkarieren, die die Zerstörung der Demokratie anstrebt.

Genau deshalb ist auch jeder Umgang mit den Rechtsextremen verfehlt, der sie wie eine ganz normale Partei erscheinen lässt. Der „Stern“-Titel mit Alice Weidel wurde völlig zu Recht kritisiert, weil er zu dieser Normalisierung beitrug, indem er sie wie eine Parteichefin unter anderen porträtierte, mit weichen Fragen, hinter denen der rechtsradikale Kern der Partei verschwamm.

Wie aber lässt sich vermeiden, in die Falle der rechten Kommunikationsprofis zu tappen, die nach aller Erfahrung systematisch Lügen, Halbwahrheiten, Desinformation als Vernebelungsstrategie einsetzen. Journalist*innen sollten diese Falschinformationen selbstverständlich richtigstellen und widerlegen. Das allein reicht aber nicht aus. Jede Berichterstattung, jede Konfrontation mit der AfD müsse zugleich den Kontext für eine ideologische Einordnung der Partei liefern, fordert Politik-Berater Johannes Hillje. Gegen ihre Pläne für ein ethnisch homogenes Gesellschaftsmodell samt rassistisch motivierter Massendeportation helfe nun mal kein schlichter Hinweis auf perspektivisch fehlende Fachkräfte.

Eine solche ideologische Einordnung ist in gedruckten Interviews kaum möglich. Der Spiegel verzichtet aus diesem Grund schon seit

Jahren bewusst auf Wort-zu-Wort-Interviews mit AfD-Leuten. Noch komplizierter erscheinen Live-Gespräche. Schon viele Moderatoren haben sich die Zähne an gewieften AfD-Protagonisten ausgebissen, teils mangels ausreichender Vorbereitung, teils, weil den Rechten mit ein paar problematischen Funktionärszitataten allein nicht beizukommen ist. Selbst ein normalerweise als aggressiver Fragesteller berüchtigter Markus Lanz kapitulierte kürzlich vor dem AfD-Co-Vorsitzenden Tino Chrupalla. Der ZDF-Moderator ließ nahezu willenlos zu, wie der AfD-Mann ihm die Regie der Diskussion entriss, sich selbst und seine Partei als Opfer stilisierte. Gegenangriff als Verteidigung. Die AfD rechtsextrem? Ach was. Staatsorgane wie der Verfassungsschutz würden instrumentalisiert, um die AfD zu diffamieren. Höcke ein Faschist? Mitnichten. Er habe sich längst von vielen seiner Aussagen distanziert. Das eigentlich vorgesehene Thema – die wirtschaftliche und gesellschaftliche Agenda der AfD – geriet darüber fast in Vergessenheit. Die „Süddeutsche“ brachte es auf den Punkt: In der heutigen Kommunikationswelt „demaskiert“ man niemanden mehr durch Talkshows, Rededuellen oder Interviews: „Höcke, Weidel und Chrupalla tragen keine Masken. Die sind so.“

Unter diesen Umständen weckt die Ankündigung des Springer-Kanals „Welt-TV“, Thüringens CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt und Björn Höcke zum Fernseh-Duell zu laden, schlimmste Befürchtungen. Termin des Tele-Showdown mit dem Faschisten Höcke ist geschmackloserweise ausgerechnet der 11. April – der Jahrestag der Befreiung des NS-Konzentrationslagers Buchenwald.

Man wolle Höcke durchaus keine Bühne bieten, versichert Welt-TV-Chef Jan Philip Burgard, sondern einen „Boxring der Demokratie“ aufstellen. Fragt sich nur, was passiert, wenn einer der Kämpfer die Spielregeln des Fair Play nicht akzeptiert und stattdessen mit Hassrede und blanken Lügen aufwartet. Gegen das Gift völkischer Propaganda hilft am Ende auch kein Faktencheck. **Günter Herkel <<**

Anzeige



750 Geschenke zum 75. Jubiläum



Sichern Sie sich jetzt dieses begrenzte Jubiläumsangebot, um Ihre erwachsenen Kinder mitzuversichern – unabhängig von Alter und Beruf.



Personalabbau, Arbeitsverdichtung, Bedrohungslagen. Die Bedingungen, unter denen Journalist*innen heute arbeiten, sind nicht gerade rosig. Damit Journalist*innen ihre demokratische Aufgabe aber wahrnehmen können, sind gute Arbeitsbedingungen notwendig. Dafür müssen auch Arbeitgeber*innen Sorge tragen. Denn psychische Gesundheit ist kein Privatproblem.



Produzieren bis zum Umfallen?

Von Bärbel Röben

D

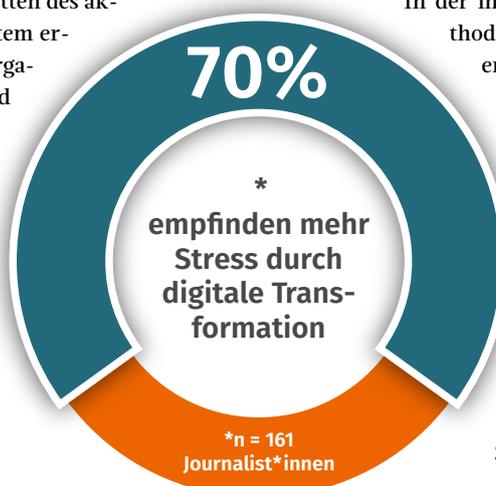
ie CORRECTIV-Recherche zum Geheimtreffen der AfD hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig guter Journalismus für Demokratie und Aufklärung der Gesellschaft ist. Doch die Profession krankt auf allen Ebenen. Für rund 70 Prozent der Journalist*innen ist ihre Arbeit nach einer Befragung in 2023 mit der digitalen Transformation nicht leichter, sondern stressiger geworden. Das hat Folgen für ihre mentale Gesundheit. Selfcare reicht da nicht aus, auch Medienhäuser und das soziale Umfeld sind in der Pflicht etwas zu verändern.

Die mentale Gesundheit von Medienschaffenden wird vor allem durch Strukturprobleme im Journalismus gefährdet – etwa neue Anforderungen im digitalen Wandel, Arbeitsverdichtung durch Personaleinsparungen in den Redaktionen und Vertrauensverlust der Medien in der Bevölkerung. Eine erste Studie dazu, wie Journalist*innen diese Facetten des aktuellen Wandels im Mediensystem erleben, hat der Arbeits- und Organisationspsychologe Burkhard Schmidt 2022 zusammen mit drei Kollegen im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung erstellt. Als er die Untersuchung „Arbeitsdruck – Anpassung – Ausstieg“ auf dem diesjährigen ver.di-Journalismustag präsentierte, stieß er besonders bei den jüngeren Kolleg*innen auf große Resonanz.

„Leistung und Gesundheit sind zwei Seiten derselben Medaille! Das predigen wir den Firmenchefs schon seit Jahrzehnten“, sagte Schmidt in Berlin. Am „Job-Demand-Ressources“-Modell erläuterte er, dass jede Arbeit Herausforderungen und Stress mit sich bringe und nur ohne Schädigung der Mental Health erledigt werden könne, wenn es genügend positive Ressourcen und Motivation zum Ausgleich gebe. „Die Wippe darf nicht ins Ungleichgewicht kommen“, so der Wissenschaftler, „sonst geht es dem Menschen und der Organisation schlecht“. Wegen der ökonomischen Folgen von Arbeitsstress sei es auch im Interesse der Unternehmen, Produktionsprozesse organisationsverträglich und human zu gestalten.

Qualitätsverlust durch Anpassungsdruck

In der interdisziplinären Mixed-Methods-Studie ging es nun darum, erstmals auch für den Journalismus herauszuarbeiten, welche Stressoren, das heißt Stress auslösende Belastungen am Arbeitsplatz, es gibt und mit welchen Ressourcen – persönlicher Austausch oder Erholung in der Freizeit – Journalist*innen dem begegnen, also welche Bewältigungsstrategien sie nutzen.

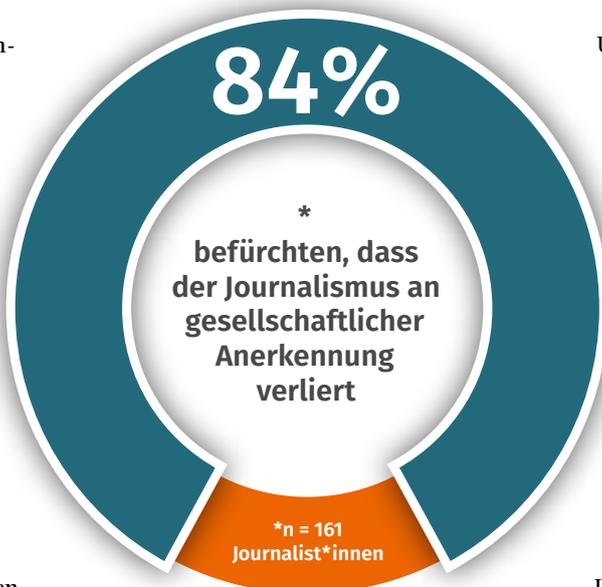


Fotos:
Shutterstock/Elnur
Shutterstock/goir
123rf/soleg
Bearb. M/Petra Dreßler

Zunächst wurden im qualitativen Teil Interviews mit 20 Journalist*innen geführt. „Die Menschen hatten einen großen Redebedarf und zeigten eine positive Offenheit“, so Schmidt. Zentrales Ergebnis: Am häufigsten nannten alle den enormen Anpassungsdruck im Zuge der Digitalisierung, der ihrer Ansicht nach mit einem Qualitätsverlust ihrer Arbeit einhergeht. Die Verantwortung dafür hätten auch die Medienunternehmen, die mit ihren Einsparungen zu Arbeitsverdichtung und Zeitdruck beitragen. So sagt ein Zeitschriftenredakteur, mit der dünner werdenden Personaldecke in den Redaktionen schwinde zunehmend die Recherchetiefe.

95 Prozent der Interviewten bedauern das sinkende Vertrauen der Bevölkerung in die Branche und mehr als die Hälfte merkt selbstkritisch an, die Publikumskritik, etwa an „einseitiger Berichterstattung“, sei „bedingt richtig“. Ein Print-Redakteur kritisiert, dass Konzepte zur Verbesserung journalistischer Qualität an ökonomisch-finanziellen Vorbehalten des Managements scheiterten: „Die schönsten Ideen, sagt man bei uns im Haus, sterben an der Kasse.“

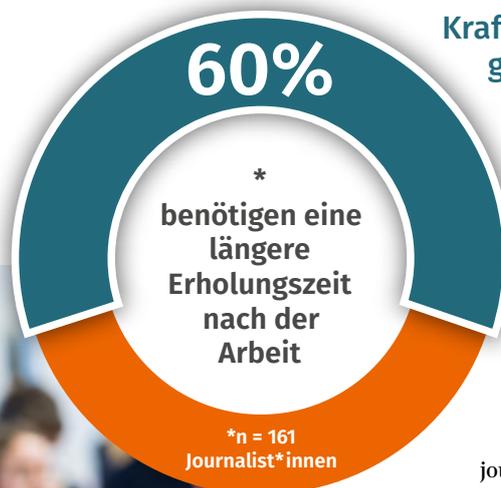
Auch psychische Erkrankungen wie Burnout nehmen zu – abhängig von der persönlichen Grundkonstellation (Perfektionist*innen sind besonders gefährdet) und der Arbeitssituation (Digitalisierung, Einsparungen), so Schmidt. Bei krassen professionellen Veränderungen komme es zu Überforderungen und einem Konflikt zwischen persönlichen Werten mit denen des



„**Leistung und Gesundheit sind zwei Seiten derselben Medaille!**“

Umfelds. In ihrem Redaktionsalltag konstatierten die Interviewten einen solchen Wertekonflikt, weil sie „in ihrem beruflichen Handeln zeitweise durch ökonomisch geprägte Erwartungen oder Vorgaben des Managements gegen ihr berufliches Ethos verstoßen mussten“. So bemängelt ein Online-Journalist, dass ein „Sekunden-Update nach großen Ereignissen schwer vereinbar sei mit dem Re-Check“.

In einem zweiten Schritt sollten die herausgearbeiteten Ergebnisse mit einer Online-Befragung empirisch überprüft werden. Da sich hier nur 161 Journalist*innen beteiligten, seien die Ergebnisse keineswegs repräsentativ, sondern zeigten bestenfalls Trends, so Schmidt. Der in der ersten Teilstudie konstatierte Qualitätsverlust wird von 47,5 Prozent der Online-Befragten bestätigt, allerdings machen sie dafür weniger die digitale Transformation als vielmehr ökonomische Zwänge verantwortlich. Sie bemängeln, dass Medienhäuser auf Geschwindigkeit vor Qualität setzten und ökonomische vor publizistische Ziele stellten. Ältere Journalist*innen tun sich mit der Digitalisierung schwerer als Jüngere, die weniger verdienen und das als ungerecht empfinden. Der Beruf wird für Jüngere unattraktiver. Sie denken häufiger daran, aus dem Job auszusteigen. Insgesamt erwägt über die Hälfte aller Befragten einen Berufswechsel.



Kraftressourcen gegen Arbeitsstress

Nach den Studienergebnissen meint auch etwa die Hälfte, der Journalismus verliere an gesellschaftlicher Anerkennung. In der Online-Befragung stimmten sogar 84 Prozent dieser Aussage zu. Es gebe aber auch Medienschaffende, die sich nicht entmutigen lassen und journalistische Nischen suchen oder – wie allerdings nur wenige –

professionelle Hilfe, etwa Coaching in Anspruch nehmen. Wegen beruflicher Überforderung brauchen 60 Prozent eine längere Erholungszeit nach der Arbeit und 40 Prozent fühlten sich emotional ausgelaugt. Schmidt warnte, das führe wiederum zu Konflikten in Familie und Partnerschaft, die „eigentlich die stärksten Unterstützungsquellen“ auf der beruflichen Wippe bilden.

Bei der Messung des Arbeitsstresses nach dem Effort-Reward-Imbalance-Modell (ERI) schneiden Journa-

36. dju-Journalismustag über Mental Health im Journalismus.





36. dju-Journalismustag, Vortrag von Prof. Dr. Burkhard Schmidt.

Fotos: Kai Herschelmann



Leistung und Gesundheit sind zwei Seiten der Medaille!

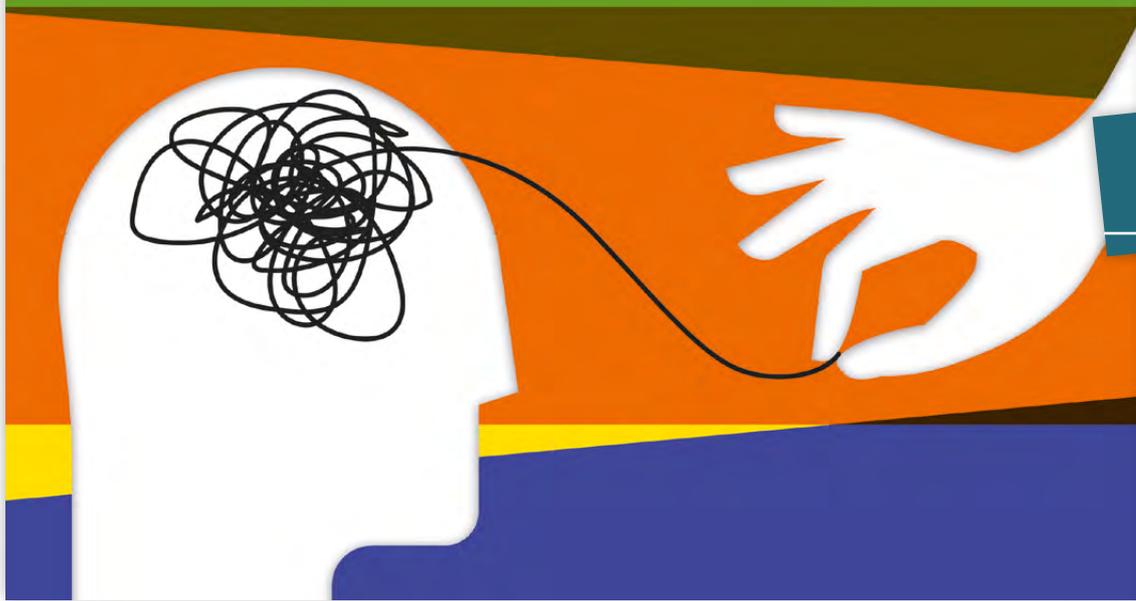
Arbeitgeber in die Pflicht nehmen

Wer versuche, dem Arbeitsdruck mit Berufsethos entgegenzutreten, führe einen inneren Kampf, der wiederum eine Stresssituation nach sich ziehe. Deshalb müssten die Ressourcen gestärkt werden – auf individueller und Unternehmens-Ebene, beispielsweise durch psychologisches Gesundheitsmanagement, das es in anderen Branchen längst gebe. Unterstützen könnten bei persönlichen Problemen zum Beispiel kollektive Initiativen wie die Telefonberatung „Help-line“, die auch Unternehmen finanziell fördern sollten oder ein Coaching. Die Mitarbeitenden müssten sich selbst fit halten, aber auch die Organisation habe eine Verantwortung für sie und müsse Angebote zum Gesundheitsschutz bereitstellen.

list*innen schlechter ab als andere Berufsgruppen. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Anstrengung (Arbeitseinsatz) und Belohnung (Geld, Wertschätzung) ist auf 1 normiert. Größere Werte kennzeichnen ein höheres Stresslevel. Das lag 2022 in der Medienbranche bei einem ERI-Wert von 2,78. „Es fehlt die Kraft, die Wippe, die auf Stress steht, wieder zurückzudrücken“, konstatierte Schmidt.

Es sei wichtig, dass die Führungskräfte ein solches betriebliches Gesundheitsmanagement durch „staffcare“ unterstützen und auch einen Generationenkonflikt verhindern, der durch Gehaltsunterschiede und Umgang mit Digitalisierung angelegt ist. Dabei gehe es darum, Altersdiskriminierungen zu vermeiden, gemischte Teams aufzubauen und journalistische Qualitätsstandards zu wahren, heißt es in der Studie. Um den gesundheitsgefährdenden „Wertekonflikt zwischen dem journalistischen Selbstverständnis und der gelebten Organisationsrealität sowie dem Verhältnis zu den Rezipient*innen“ anzugehen, forderte Schmidt bereits 2022 mit Medienwissenschaftler Rainer Nübel in einem M-Beitrag zu ihrer Studie: „Das Verhältnis von Management und Publizierenden muss geklärt werden.“ Gemeinsam sollten sie versuchen, „dem – immer noch sehr großen – Teil der Bevölkerung, der um die Bedeutung einer intakten Presse weiß, in einer Transparenzoffensive ihre derzeitige Problemlage und deren Ursachen offen und ehrlich nahezubringen“. Die demokratische Mediengesellschaft nehme „gehörig Schaden, wenn der gerade in Zeiten von Fake News, Hassrede und Verschwörungsnarrativen so wichtige professionelle Journalismus derart an strukturellen Problemen leidet und deren Hauptakteure, die Journalist*innen, zunehmend überbeansprucht sind“.

<<

**A****Angebot zur Unterstützung**

Seit November 2023 ist das **Helpline-Projekt von Netzwerk Recherche** für alle, die im journalistischen Bereich arbeiten, erreichbar.

Alle, die an der Produktion journalistischer Inhalte beteiligt sind, können sich melden. Speziell geschulte Kolleg*innen, die vielleicht selber schon einmal ähnliche Erfahrungen gemacht haben, helfen den Anrufer*innen, praktikable Lösungsansätze zu entwickeln. Falls die kollegiale Unterstützung allein nicht ausreicht, empfehlen sie professionelle Anlaufstellen.

Unter der Nummer

030 · 75 43 76 33

kann man an aktuell vier Tagen in der Woche zu unterschiedlichen Zeiten anonym Beratung erhalten.

Weitere Informationen:

<https://netzwerkrecherche.org/helpline>. Auch außerhalb der Sprechzeiten können Gesprächstermine vereinbart werden: helpline@netzwerkrecherche.de

Abb [M]: Adobe Stock/Paul Craft

Trauma der anderen

Medienschaffende brauchen mentale Unterstützung bei der Bewältigung schwieriger Themen – das Problembewusstsein dafür wächst

Damit musst du halt klar kommen.“ So oder so ähnlich. Eine Antwort, die viele Journalist*innen lange als Reaktion kannten, wenn sie zum Ausdruck brachten, dass sie mit einem Gegenstand in der Berichterstattung nicht zurechtkamen. Oder wenn der Stress des Produktionsdrucks in der Redaktion ihnen Probleme bereitete. Wenn sich der berufliche Kontakt mit Menschen, die Gewalterfahrungen machen mussten, auf die eigene Psyche auswirkte. Aber auch, wenn sich innerhalb strikter Hierarchien in den Medienhäusern wenig Raum fand, akute Belastung oder Mobbing zu thematisieren, es an Ansprechpartner*innen unter den ebenfalls gestressten Kolleg*innen mangelt.

„Es hat sich in den letzten Jahren viel getan“, sagt dazu Pascale Müller. Müller hat lange als Investigativjournalistin gearbeitet und unter anderem preisgekrönte Reportagen zu sexualisierter Gewalt gegenüber Erntehelferinnen in Spanien, Marokko und Italien verfasst. Im Jahr 2018 wurde sie mehrfach als Pressevertreterin bei rechtsextremen Demonstrationen von Teilnehmern angegriffen. Vor dem Hintergrund ihrer Arbeit und ihren Erfahrungen gibt sie Seminare an Journalismus- und Hochschulen zur Frage des Umgangs mit Trauma im Journalismus. Zwei Richtungen seien dabei zu unterscheiden, so Müller: „Erstens, wie betrifft es mich persönlich, wenn ich mit Stress und Druck konfrontiert bin und mit Themen wie Hass, Krieg, Tod, Gewalt. Dazu kann aber auch gehören, mitzerleben, wie junge Kolleg*innen Themen beackern müssen, für die sie noch gar nicht das Rüstzeug haben. Und zweitens: Wie gehe ich mit den Trau-

mata meiner Protagonist*innen um?“ Sie kenne selbst die Unsicherheit, ob es unter dem Eindruck starker Gefühle überhaupt möglich ist, ein gutes Interview zu führen, so die Journalistin. Eigene Erfahrungen begegnen ihr in ihren Workshops, die sie gibt, wieder: „Es gibt viel Angst, etwas ganz doll kaputt zu machen.“

Dabei sei ein gutes Interview zu führen zunächst einmal „eine technische Frage“. Es „menschlich“, mit einer „guten, wertschätzenden Beziehung“ zu den Gesprächspartner*innen zu führen, zeuge von beruflicher Kompetenz. „Es galt lange als nahezu unprofessionell, zu sagen ‚Es macht was mit mir, was ich erlebe‘“, erklärt Müller. „Inzwischen haben wir einen Shift hin zu ‚Es ist unprofessionell, das nicht zu sagen oder nichts damit zu machen‘.“ Das Bewusstsein wachse: Traumasensibler Journalismus heiße nicht, dass ein Thema „weichgespült“ werde, sondern Gegenstand und Gesprächspartner*in Respekt erfahren. Dabei gehe es nicht nur um Situationen in „Syrien oder im Irak“, sondern ebenso um Erfahrungen rechter Gewalt auf dem Land oder um die Alltäglichkeit von Flucht und Migration, macht Müller klar.

Kostenlose Beratung

So beschreibt es auch das Helpline-Projekt des Vereins Netzwerk Recherche: Man muss kein*e Kriegsreporter*in sein, um psychisch belastende Situationen in der journalistischen Arbeit zu erleben. Unglücke, Verkehrsunfälle, Verbrechen – Geschichten und Ereignisse, die jede*r Journalist*in auch als Mensch nahegehen, werden häufig mitgenommen in die Freizeit oder das Nahumfeld.

Das Konzept einer kostenlosen telefonischen Beratung zur Unterstützung von Journalist*innen mit psychosozialen Problemen hat ein Team von Netzwerk Recherche zusammen mit dem Dart Centre for Journalism and Trauma Europe seit 2021 entwickelt. Auch Pascale Müller ist dafür um ihre Expertise gebeten worden. Grundlage des Angebots ist eine Peer-to-Peer-Beratung, also das Gespräch Hilfesuchender mit psychologisch geschulten Kolleg*innen. Die derzeit 14 Journalist*innen, die die Anrufe entgegennehmen, haben eine Weiterbildung absolviert, die auf das Projekt zugeschnitten ist und zusammen mit der psychologischen Psychotherapeutin Friederike Engst entwickelt wurde. Jede*r mit Belastungsgefühlen in der Arbeit an einem journalistischen Produkt kann die Helpline anonym anrufen und sich Unterstützung holen.

Vielen helfe allein schon dass jemand zuhört, berichtet Projektleiter Malte Werner. Nach und nach komme dann im Gespräch an die Oberfläche, wie genau die Probleme gelagert sind. Da die Anrufe bereits in der Testphase evaluiert wurden, wisse man, dass auf jeden Fall mehr Frauen anrufen. Im Durchschnitt dauerten die Gespräche 40 Minuten, beruflicher Stress sei der Hauptgrund vieler Anrufe. „Die meisten kommen von Zeitungen und aus dem Online-Bereich und sind oft festangestellt, es sind aber auch viele Freie dabei“, fasst es Werner zusammen.

Auch der Projektleiter ist sich sicher, dass in den Redaktionen „ein Kulturwandel“ eingesetzt habe. Vor allem in großen Medienhäusern werden schon länger Ressourcen für psychologische Unterstützung und traumasensiblen Journalismus bereitgestellt – diese fehlten aber häufig in den mittleren und kleineren Redaktionen. Gerade junge Kolleg*innen machen dort auf das Problem aufmerksam und treiben Veränderung voran, sofern dies nicht durch Chefredaktion

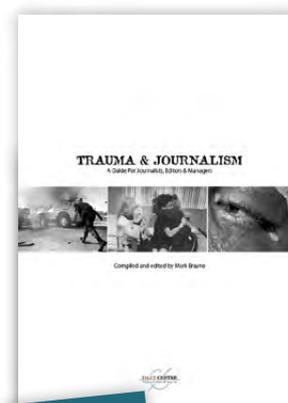
oder engagierte Betriebsräte geschehe. Das trifft sich auch mit den Erfahrungen von Pascale Müller. „Erst einmal für das Thema zu sensibilisieren ist weniger aufwändig als man denkt“, meint sie dazu. Übermäßig teuer seien die Seminare, die sie und andere Kolleg*innen geben, schließlich nicht. Und viele Situationen von Burn-Out und Posttraumatischen Belastungsstörungen bis hin zur Berufsfucht seien so langfristig zu vermeiden.

Doch die Finanzierung der Helpline gestaltet sich schwierig. Zunächst halfen die Süddeutsche Zeitung und später auch der SPIEGEL aus, die Kosten für das Projekt zu tragen. Aber ein Aufruf an 300 Redaktionen, sich mit jährlich 300 Euro an den Kosten der Helpline zu beteiligen – „Dann wären wir ausfinanziert gewesen“, so Malte Werner – hatte kaum gefruchtet. Dabei habe es niemanden gegeben, der nicht gesagt hätte, was für ein tolles Projekt das sei, erinnert sich Werner. Inzwischen sind sieben Förderer an Bord.

Der Ausweg aus dem Hamsterrad

Umso erleichternder die Nachricht, dass die Helpline im Februar für ein Förderprogramm der Bundesregierung ausgewählt wurde. Eine unabhängige Jury sprach sich im Rahmen der zweiten Förderrunde des Programms zum Schutz und zur strukturellen Stärkung journalistischer Arbeit in Deutschland aus dem Bundesministerium für Kultur und Medien (BKM) dafür aus. Bisher sind die Leitungen viermal zwei Stunden in der Woche freigeschaltet. Mit der anderthalbjährigen Förderung durch das BKM wird das Angebot ausgebaut werden können. Dennoch muss das Projekt zusätzlich zu der Fördersumme von rund 209.000 Euro rund 52.000 Euro Eigenmittel aufreiben. „Unser Ziel ist es, dass die Helpline irgendwann nicht mehr gebraucht wird. Wenn in fünf Jahren alle Redaktionen ihre eigenen Programme haben, wären wir glücklich“, sagt Malte Werner.

„Ich habe selbst gemerkt, wie sehr der Druck unter meinen Kolleginnen und Kollegen steigt, wie stark alle gestresst sind, aus dem Hamsterrad eigentlich gar nicht mehr rauskommen und nur noch gucken, dass sie ihren Workload irgendwie bewältigen“, sagt auch Ute Korinth, die bei der Helpline Anrufe entgegennimmt. Die Idee dazu habe sie sofort überzeugt. „Wir fragen uns zu selten, wie es uns geht und wenn da jemand in der Leitung ist, der auch aus diesem Bereich kommt und besser nachvollziehen kann, was dich gerade bewegt oder was du vielleicht durchmachst, dann ist das unheimlich wertvoll“, so die erfahrene Journalistin. Viele Anrufer*innen seien dankbar und fühlten sich deutlich entlastet, auch wenn, so Korinth, „wir keine Diagnose stellen und auch keine Therapie ersetzen können.“ Ausnahmslos alle der Peer-Berater*innen hätten Erfahrungen gemacht, bei denen sie sich ein solches oder ähnliches Angebot gewünscht hätten. Und das allein bestätigt wohl auch, wie sehr das Projekt derzeit gebraucht wird. **Claudia Krieg <<**



Buchtipps

Das Handbuch des Dart Center for Journalism and Trauma (dartcenter.org), einem Projekt der Columbia University Graduate School of Journalism, sollte in das Ausbildungspaket aller Journalist:innen gehören: Es gibt einen stringenten Überblick über die wachsenden Herausforderungen für Journalist*innen in Krisen und Konflikten, die immer mehr auch alltägliche Bereiche umfassen: https://dartcenter.org/sites/default/files/DCE_JournoTraumaHandbook.pdf

Selbsthilfe

Linksammlung der dju zu Selfcare im Journalismus
<https://dju.verdi.de/journalismustag/tipps>

Auf der Webseite von Netzwerk Recherche finden sich die Empfehlungen von Elana Newman und Naseem S. Miller übersetzt und online gestellt, die diese in einem umfassenden Guide unter dem Titel **„Tipps für Selbstfürsorge, Vorbeugung und Unterstützung betroffener Berichterstatter*innen“** herausgegeben haben. Ob Ressourcen für Redaktionen, Online-Tools für Umgang mit akutem Stress bei Berichterstattung oder Hilfe bei Belästigung – eine äußerst empfehlenswerte Sammlung (mit vielen englischen Quellen): <https://netzwerkrecherche.org/international/guides/journalismus-trauma/>

„Das Problem mit der Leidenschaft“



Lena Hipp ist Professorin für Soziologie an der Universität Potsdam und leitet die Forschungsgruppe „Arbeit und Fürsorge“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Mit M sprach sie über „Gute Arbeit“, Stressoren im Journalismus und weshalb die Trennung von Arbeit und Privatleben für Medienschaffende so wichtig ist.

M | Was macht „gute Arbeit“ aus?

Lena Hipp | Wenn wir von „guter Arbeit“ sprechen, geht es zum einen darum, dass Arbeit „gemacht wird“ und zum anderen um „gute“ Arbeitsbedingungen. Als Soziologin befasse ich mich eher mit letzterem. Was Arbeit „gut“ macht hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren ab. Im DGB-Index „Gute Arbeit“ zum Beispiel werden unter anderem das Gehalt, die Zahl der Stunden und die konkreten Tätigkeiten erfasst. Ob oder inwieweit eine Arbeit dann als „gut“ bewertet werden kann, basiert auf einem komplexen Zusammenspiels dieser Parameter.

„Gute Arbeit“ ist demnach eine objektiv feststellbare Tatsache?

Es gibt sicherlich Arbeitsbedingungen von denen alle Menschen sagen würden, dass sie nicht gut sind. Bei der Frage aber, welche Arbeitsbedingungen nun „gut“ sind, gibt es weniger Übereinstimmung. Was von manchen Arbeitnehmer*innen als belastend empfunden wird, ist für andere vielleicht eine interessante oder sogar leicht zu meisternde Herausforderung. Auch der Kontext spielt eine Rolle. Wer lange arbeitslos war oder Angst um seinen Arbeitsplatz hatte, der ist vielleicht schon mit einem auf wenige Monate befristeten Arbeitsvertrag zufrieden. In einem Arbeitsumfeld, in dem alle Kolleg*innen unbefristete Verträge haben, trifft das aber wahrscheinlich nicht zu.

Welche Rolle spielt die mentale Gesundheit in den Vorstellungen und Konzepten von „guter Arbeit“?

Im arbeitssoziologischen Fachdiskurs, aber auch in Unternehmen und dem Wissenschaftsbetrieb selbst wird zusehends über das Thema mentale Gesundheit gesprochen. Das ist wichtig, auch damit das Thema endlich nicht mehr mit Scham besetzt ist und aus der Schmutzdecke herauskommt. Heute lässt man die Leute nicht mehr so sehr allein, sondern versucht, Wege zu finden und aufzuzeigen, um besser mit Stress, Unsicherheiten und Ängsten im Arbeitsalltag umgehen zu können. Mentale Erkrankungen werden inzwischen genauso ernst genommen wie körperliche.

Wie erklären Sie sich das?

Mit Blick auf die hohen Krankstände erkennen Unternehmen zusehends, dass Mental Health auch ein Wirtschaftsfaktor ist. Nur wenn es den Leuten gut geht, kommen Sie zur Arbeit und bringen die Leistung, wie sie sich die Gesellschaft, die Unternehmen und auch die Individuen selbst wünschen. Das eine bedingt das andere.

Zählen dazu auch Selbstwirksamkeitserfahrungen etwa in der betrieblichen Mitbestimmung -- wenn Menschen thematisieren können, was ihnen guttut und dabei auch gehört werden?

Auf jeden Fall. Autonomie und Selbstbestimmung stehen ganz weit oben bei dem, was Menschen zufrieden mit ihrer Arbeit macht. Das Kriterium „Mitbestimmung“ fließt daher vollkommen zu Recht in den besagten DGB-Index mit ein.

Inwieweit sehen Sie im journalistischen Berufsfeld die genannten Parameter „guter Arbeit“ verwirklicht?

Den Journalismus sehe ich durch eine große strukturelle Ungleichheit gekennzeichnet: der Polarität zwischen den Festangestellten in den großen Medienhäusern sowie der Heerschar an Freelancern, die häufig nicht wissen, wo die nächsten Aufträge herkommen und wo sie ihre Themen unterbringen sollen. Freelancer sind, ähnlich wie befristet Beschäftigte und Soloselbständige, großen Unsicherheiten ausgesetzt und müssen permanent unternehmerisch tätig sein. Eine Zeitlang mag das gutgehen und macht vielleicht auch Spaß. Doch was passiert bei Krankheit oder wenn die Verantwortung für Kinder dazukommt? Da bricht das gesamte zarte Gebilde häufig schnell zusammen.

Welche weiteren Stressoren beobachten Sie im Berufsfeld?

Im Journalismus gibt es aktuell sehr viele Veränderungen und Umbrüche. Das betrifft etwa die Herausforderung, dass Menschen nicht dafür bezahlen wollen oder können, was sie lesen oder die Politik der Verlage, mit einer immer geringeren Zahl von Festangestellten zu arbeiten. Dazu kommt die Frage nach den Konsequenzen, wenn die Künstliche Intelligenz im Berufsfeld immer mehr Fuß fasst. Die Angst vor dem Jobverlust oder Umbrüchen in der Branche wirkt sich stark negativ auf das Wohlbefinden aus. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass die Angst vor Arbeitsplatzverlust ähnlich negative Auswirkungen hat wie ein tatsächlicher Jobverlust.



Den Journalismus sehe ich durch eine große strukturelle Ungleichheit gekennzeichnet: der Polarität zwischen den Festangestellten in den großen Medienhäusern sowie der Heerschar an Freelancern, die häufig nicht wissen, wo die nächsten Aufträge herkommen.





Prof. Lena Hipp
leitet die Forschungsgruppe
„Arbeit und Fürsorge“
am Wissenschaftszentrum
Berlin für Sozialforschung
(WZB) an der
Universität Potsdam.

Foto: David Ausserhofer

Viele Journalist*innen identifizieren sich stark mit ihrer Arbeit, haben ein starkes Sendungsbewusstsein und begreifen ihre Tätigkeit sogar als politischen, aufklärerischen Auftrag. Insgesamt ist das Berufsfeld von einer hohen beruflichen Einsatzbereitschaft und von starker Eigenverantwortung geprägt. Provozieren diese Ausgangsbedingungen besonders häufig Burnouts?

Da kommen tatsächlich zwei der „Hauptzutaten“ für Burnout zusammen: Eine hohe intrinsische Motivation einerseits und prekäre Arbeitsbedingungen und Druck andererseits. Meine Kollegin Erin Cech hat das in ihrem gleichnamigen Buch das „Problem mit der Leidenschaft“ genannt.

Was meinen Sie damit?

Wer sich mit einer starken Leidenschaft für seine Arbeit begeistert und sie als enorm wichtigen Teil der eigenen Identität begreift, läuft Gefahr, sich systematisch selbst auszubeuten und permanent eigene Grenzen zu überschreiten. Das zeigen zahlreiche wissenschaftliche Studien. Für die systematische Selbstausbeutung braucht es also gar keinen exploitativen Arbeitsgeber – das bekommen die meisten Menschen gut selbst hin. Das „Problem mit der Leidenschaft“ beschränkt sich nicht auf einzelne Branchen und Berufe und dürfte auch im Journalismus weit verbreitet sein.

Wo sehen Sie erste Ansätze für kollektive und individuelle Fürsorge, um den Stressoren zu begegnen und die eigene Resilienz zu stärken?

Es ist paradox: Durch neue Diskurse und Arbeitsformen existiert zwar eine größere Toleranz gegenüber Mental-Health-Themen, doch gleichzeitig wachsen die Stressoren. So ist es zwar inzwischen weniger schambefahlet, über mentale Gesundheit und Psychotherapie zu sprechen. Aber dennoch erleben wir eine Arbeitswelt, in der die Grenzen zwischen Privat- und Berufsleben durch Homeoffice und flexible Arbeitszeiten viel volatiler und durchlässiger werden. Aus der sozialwissenschaftlichen Forschung wissen wir, dass Menschen mit flexiblen Arbeitszeiten in der Regel länger arbeiten und viel häufiger Unterbrechungen ausgesetzt sind, etwa wenn in der Freizeit unabgesprochen Kurznachrichten oder Anrufe bekommen.

Können Sie Best-Practice-Beispiele nennen?

Hier steht man gerade erst am Anfang. In einigen Organisationen und Unternehmen gibt es bereits Trainings, in denen es darum geht, wie Mitarbeiter*innen und Kolleg*innen angemessen auf das Thema Mental Health angesprochen werden können und welche Anzeichen es bei psychischen Problemen und Überlastung gibt. Doch gerade vor dem Hintergrund eines häufigen Fehlens von Grenzen zwischen Privat- und Berufsleben und der starken Flexibilität in vielen Branchen und Berufen stellt sich die Frage, wie erfolgreich solche Trainings am Ende wirklich sein können.

Was kann man dennoch tun?

Jede*r kann genau beobachten und versuchen, ein gutes Vorbild zu sein. Wenn etwa alle Mitarbeiter*innen jederzeit online sind, dann ist es für Einzelne schwer, sich dem zu entziehen. Dazu kommt das, was auch von Gewerkschaftsseite betont wird: E-Mails am Wochenende wegen der Pausenzeiten zurückzuhalten oder als Vorgesetzte darüber zu sprechen, dass die Pausen wichtig sind, darauf achten, dass die Leute ihren Urlaubsanspruch einlösen und dass sie nicht zu viele Überstunden machen.

Sie forschen zum Thema Ungleichheit in der Arbeitswelt. Welche Ungleichheitsaspekte und -bereiche beobachten Sie in Bezug auf Mental Health im Bereich Journalismus oder der Wissenschaft?

In Bezug auf den Wissenschaftsbetrieb oder auch den Journalismus gibt es meines Wissens dazu bislang kaum systematische empirische Evidenz. Es gibt natürlich institutionelle Faktoren, die Stress verhindern und der mentalen Gesundheit einträglich sind: Ausreichendes Arbeitseinkommen, ausreichende Jobsicherheit, geregelte Arbeitszeiten und Planungssicherheit. Wozu in der vergangenen Zeit jedoch einiges an Forschung entstanden ist, ist der Bereich der mentalen Belastung. Berufsübergreifend lässt sich hier ein Unterschied zwischen den Geschlechtern feststellen, weil Frauen in Beziehungen und in Familien tendenziell noch zusätzlich den Mental Load schultern. Es hilft abends sicherlich nicht dabei, vom anstrengenden Job abzuschalten, wenn man eigentlich noch den gesamten Familien- und Beziehungsalltag plant.

Interview: Till Schmid <<



Wie ein normaler Co-Working-Space, nur freundlicher: Die Journalist*innen kommen zum Arbeiten in den Media Hub, aber auch für die Gemeinschaft.

Media Hub Riga: Ein sicherer Ort

Exiljournalist*innen sind enormen psychischen Belastungen ausgesetzt. Ein Netzwerk in Riga unterstützt sie.

Wer den Media Hub Riga besuchen will, bekommt vorab von Leiterin Sabīne Sīle die Anweisung, die Adresse nicht weiterzugeben und keine Fotos zu machen, die seine Lage preisgeben.

Drinne wartet die alltägliche Atmosphäre eines Büros. Der Media Hub wirkt wie ein gewöhnlicher Co Working-Space – nur freundlicher. An den Wänden hängen Fotos von lächelnden Menschen am Strand, eine Girlande aus Orangenscheiben schmückt den Flur. Luftballons, auf denen „Happy Birthday“ steht, zeugen von einer Geburtstagsparty. Die familiäre Atmosphäre hat einen ernsten Hintergrund: Es ist der Versuch, Menschen Halt zu geben. „Unsere Vision ist es, nicht nur einen sicheren Ort zu schaffen, sondern auch eine sichere Gemeinschaft, die den Menschen dabei hilft, ihre traumatischen Erlebnisse zu überwinden“, sagt Sīle. Der Media Hub in Lettlands Hauptstadt ist eine Anlaufstelle für Journalist*innen und Aktivist*innen vor allem aus Russland, aber auch aus Belarus, der Ukraine und weiteren Ländern.

An diesem Abend schaut ein Mann im Media Hub vorbei, es ist der Journalist Jusuf Rusimuradow, der 19 Jahre in Usbekistan inhaftiert war. Nach seiner Frei-

lassung im Jahr 2018 nannte die New York Times ihn den „am längsten inhaftierten Journalisten der Welt“. Namhafte russische Exilmedien wie Nowaja gaseta und Meduza nutzen die Angebote des Netzwerks.

Hilfe für über 500 Medienschaffende und ihre Familien

Bereits vor einigen Jahren spürten Sīle und ihr Team, wie die Stimmung sich veränderte. Bei Fortbildungen hätten die russischen Teilnehmer*innen oft Schwierigkeiten gehabt, sich zu konzentrieren, sie seien niedergeschlagen gewesen oder aggressiv. „Wenn es in den Schulungen um Themen wie Geschäftsmodelle und Monetarisierung ging, haben unsere Gäste oft gelacht“, sagt Sīle. Ihnen sei es absurd vorgekommen, Geschäftliches zu planen, während sie zu Hause immer stärker von den Behörden schikaniert wurden. Nach diesen Erfahrungen entwickelte das Team ein erstes Programm für psychische Gesundheit. Es soll Führungskräften dabei helfen, besser mit emotionalem Stress umzugehen und rechtzeitig Anzeichen für Depression, Burnout und eine posttraumatische Belastungsstörung zu erkennen. Auch schon vor der russischen Invasion der Ukraine suchten Journalist*innen

„Wir wussten nicht, dass der Aufenthaltsstatus eine solche Auswirkung auf die psychische Gesundheit hat.“

aus dem Ausland und ihre Angehörigen vereinzelt Schutz in Lettland. Danach aber kamen sie in großer Zahl. Mehr als 500 Medienschaffende und ihre Familien haben allein 2022 Unterstützung vom Media Hub Riga bekommen. Das bedeutete: Menschen an der Grenze abzuholen, sie unterzubringen und finanziell zu unterstützen, Schulen für ihre Kinder zu finden.

Gefühle von Schuld und Ohnmacht

Exiljournalist*innen sind oft auf vielfache Weise psychisch belastet. Sie müssen ihr vertrautes Umfeld hinter sich lassen, manche russische Journalist*innen werden von ihren Familien als Verräter angesehen, weil sie sich kritisch zur Regierung positionieren und Hilfe aus dem westlichen Ausland annehmen. In Russland selbst laufen oft Ermittlungen gegen sie. Bei einer Rückkehr drohen hohe Strafen. Sīle beobachtet bei ihnen die Tendenz, sich zu viel zuzumuten, weil sie sich schuldig und ohnmächtig fühlen angesichts des Krieges, den ihr Land gegen die Ukraine führt. Dabei sei die Gefahr eines Burnouts besonders hoch.

Ukrainische Journalist*innen im Exil stammen laut Sīle meist aus den Regionen, die von Russland besetzt sind. Zu der massiven Belastung, über Gräueltaten in ihrer Heimat zu berichten, kommt die Sorge um die Angehörigen vor Ort. Große Hürden sind auch finanzielle Schwierigkeiten und eine ungewisse berufliche Perspektive. Und dann gibt es ein Problem, das selbst Sabīne Sīle unterschätzt hat: „Wir wussten nicht, dass der Aufenthaltsstatus eine solche Auswirkung auf die psychische Gesundheit hat.“ Häufig erteilen die lettischen Behörden lediglich Visa für ein Jahr. Im Sep-

tember 2022 verschärfte die damalige Regierung das Einwanderungsgesetz, seitdem gelten strengere Bedingungen für die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen an Bürger*innen aus Russland und Belarus. Die Unsicherheit belastete die Betroffenen so sehr, dass es sogar Selbstmordversuche gegeben habe, sagt Sīle. „Für die Menschen ist es sehr wichtig zu spüren: Ich bin hier willkommen.“

Supervision für Journalist*innen

Und das führt wieder zu den Räumen des Media Hub, den Fotos an den Wänden, den Luftballons: Die Gemeinschaft soll in der unsicheren Zeit des Exils Sicherheit geben. Deswegen lädt Sīle regelmäßig zu Veranstaltungen ein, besonders im Winter, der schwierigen Jahreszeit. Dann treffen sich die Journalist*innen und ihre Familien, feiern in schrägen Kostümen Halloween oder schmücken den Weihnachtsbaum. Wer zum Media Hub Riga kommt, kann in einem Fragebogen den Wunsch angeben, psychologische Hilfe zu bekommen. Der Media Hub stellt den Kontakt zu Therapeut*innen her und unterstützt auch bei den Kosten für die Therapie. Mehrmals im Jahr organisieren Sīle und ihr Team Intensivprogramme zur Erholung. Hinzu kommen alltägliche Angebote wie Morgenspaziergänge im Wald oder Atemübungen. Sīle verweist darauf, dass psychische Gesundheit für alle Journalist*innen ein wichtiges Thema sei, nicht nur für jene im Exil. Sie findet, dass Beratung und Rücksprache normale Bestandteile der journalistischen Arbeit werden sollten. Supervision sei üblich im psychologischen, im medizinischen und sozialen Bereich – warum nicht auch im Journalismus? **Sarah Schaefer <<**



Der Media Hub Riga ist ein Netzwerk verschiedener Organisationen. Beteiligt sind das Centre for Media Studies der Stockholm School of Economics in Riga, das Baltic Center for Media Excellence, der lettische Journalistenverband und die Sustainability Foundation, deren Mitgründerin Sabīne Sīle ist. Finanzielle Unterstützung kommt auch aus dem Ausland, darunter aus Deutschland, etwa von der Panter Stiftung der Taz.

Sabīne Sīle, Leiterin des Media Hub Riga: „Für die Menschen ist es sehr wichtig zu spüren: Ich bin hier willkommen.“



Fotos: Sarah Schaefer

Die Verantwortung der Redaktionen

Arbeitgeber*innen müssen auf die Gesundheit der Beschäftigten achten



Auf die mentale Gesundheit zu achten, ist keine individuelle Aufgabe. Auch Arbeitgeber*innen können und sollten etwas für psychische Gesundheit ihrer Mitarbeiter*innen tun. Wie

funktioniert das in einer Branche, die so geprägt ist von Zeit und Leistungsdruck und belastenden Inhalten wie der Journalismus? Wir haben uns in zwei Redaktionen umgehört, die sich dazu Gedanken gemacht haben: das Magazin Neue Narrative und der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag (SHZ).



Journalist*innen waren schon immer hohen psychischen Belastungen ausgesetzt.

Das mit dem leeren Akku nimmt man bei Neue Narrative recht genau. Die Redaktion hat kein festes Büro, die Mitarbeiter*innen leben und arbeiten an unterschiedlichen Orten. Darum organisiert sich das Team digital, die Kommunikation läuft über einen Online-Chat. Fühlt sich jemand mal nicht ganz auf der Höhe, kann er oder sie das mit dem Symbol eines fast leeren Akkus zeigen. So wissen die Kolleg*innen, dass diese Person an dem Tag nicht ganz belastbar ist – ohne dass sie sich erklären muss. Emma Marx, Redakteurin und Regenerative Lead bei Neue Narrative, erzählt im Gespräch von dieser internen Abmachung. Sie sagt viel aus über die Arbeitskultur einer Redaktion, die New Work nicht nur zum Schwerpunkt ihres Magazins gemacht hat, sondern auch täglich zu leben versucht.

Der Gesundheit am Arbeitsplatz haben Emma und ihre Kolleg*innen schon ein ganzes Heft gewidmet. „Gesundheit, und dazu gehört auch psychische Gesundheit, ist die Grundlage. Wenn man nicht gesund ist, kann man nicht arbeiten“, sagt Marx. Jeder Artikel, der für das Magazin entsteht, durchläuft einen strukturierten Prozess, dessen einzelne Schritte genau festgelegt sind. In jeder Phase steht den Schreibenden eine Kollegin oder ein Kollege zur Seite. Auch sie habe schon mal bis spätabends frustriert über einem Text gesessen, sagt Marx. Doch größtenteils helfe dieser klare Ablauf, Unsicherheiten und Stress zu vermei-

den. Allerdings gilt dabei zu bedenken: Das Heft erscheint nur dreimal im Jahr – ein anderer Takt als etwa bei einer Tageszeitung. Eine Chefredaktion gibt es bei Neue Narrative übrigens nicht.

Die Pandemie als Wendepunkt

Für den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag sei die Corona-Pandemie ein Wendepunkt gewesen, sagt Gerrit Bastian Mathiesen. Er ist einer von vier Chefredakteur*innen des SHZ und zuständig für Personal und Finanzen. Zum Verlag gehören 22 Tageszeitungen im Land. Die Pandemie sei eine fordernde Zeit gewesen, mit intensiven Recherchen. Psychische Gesundheit sei in der Öffentlichkeit zunehmend ein Thema geworden, das habe sich auf die Redaktion ausgewirkt. „Journalistinnen und Journalisten waren schon immer hohen psychischen Belastungen ausgesetzt“, sagt Mathiesen. „Aber Jahrzehnte wurde nicht darüber gesprochen.“ Während der Pandemie hat der SHZ einen Sozialberater angestellt, an den sich die 190 Redaktionsmitglieder wenden können. Der könne dann Kontakte zu Ärzten oder Therapeuten herstellen, aber auch das Gespräch mit den Vorgesetzten suchen und die Anliegen der jeweiligen Person vertreten.

Vorgesetzte, sagt Mathiesen, seien angehalten, die Mitarbeitenden im Blick zu haben und hin und wieder zu fragen: „Wie geht’s dir?“ Sowohl Marx als auch Mathiesen betonen, wie wichtig Gespräche sind. Beim SHZ gebe es seit ein paar Jahren einmal jährlich ein Mitarbeitergespräch, das ausdrücklich konstruktiv geführt werde und bei dem die Mitarbeitenden im Mittelpunkt stehen. Das habe die Bindung zwischen Mitarbeitenden und Vorgesetzten deutlich gestärkt. Ähnliche Gespräche gibt es auch bei Neue Narrative, allerdings finden die deutlich öfter, etwa einmal im Monat, statt. Hier stehe die persönliche und berufliche Entwicklung im Vordergrund, auch unabhängig von den aktuellen Aufgaben. Journalismus ohne Überstunden ist nicht denkbar – diese Ansicht vertreten



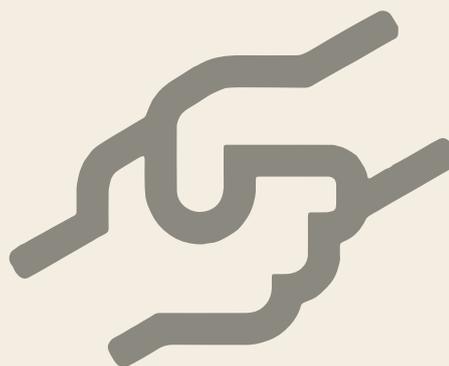


nach wie vor viele in der Branche. Auch bei NN und dem SHZ geht es nicht ganz ohne. Marx etwa hat eine individuelle Lösung gefunden: Sie arbeitet mehr, wenn viel zu tun ist, und weniger, wenn es ruhig ist. Ziel beim SHZ sei es, dass Mitarbeiter*innen ihre Überstunden möglichst direkt ausgleichen können, sagt Mathiesen. Es sei Aufgabe der Vorgesetzten, ein Auge darauf zu haben, dass die Mitarbeitenden nicht zu viele Überstunden machen.

„Genug Personal ist die wichtigste Mental-Health-Strategie“

In beiden Redaktionen seien diverse Arbeitszeitmodelle möglich. Und es gibt eine weitere Gemeinsamkeit: Beide Redaktionen haben transparente Gehälter. „Ich weiß von all meinen Kolleg*innen, was sie verdienen, und wir haben Gehaltsprozesse, in denen wir das gemeinsam aushandeln“, sagt Marx. Mathiesen verweist darauf, dass die hauseigene Vergütungsordnung der SHZ intern für alle einsehbar sei. Kritik am Verlag kam im vergangenen Jahr von einer Gruppe, die nicht auf die Unterstützung eines Arbeitgebers vertrauen kann: den Freiberuflern. Der Verband Freischreiber nominierte Mathiesen im vergangenen Jahr für einen Negativpreis. Als Gründe nannte der Verband „herablassende Äußerungen Freien gegenüber“ und die Weitergabe von Beiträgen von Freien an weitere Zeitungen außerhalb Schleswig-Holsteins „ohne die Freien darüber zu informieren, geschweige denn dafür zu bezahlen“.

Mathiesen betonte im Gespräch mit M, dass die Arbeit von Freien ein wichtiger Pfeiler des SHZ sei. Wenn der Verlag Beiträge auch anderen Zeitungen anbiete, schlage sich das im Honorar für die Freien nieder, sagte er. Marx verweist selbstkritisch darauf, dass auch bei einem progressiven Arbeitgeber wie NN nicht alles gut läuft. Im vergangenen Jahr steckte das Magazin in einer Krise. Man sei zu schnell gewachsen, habe Mitarbeiter*innen entlassen müssen, mit dem Resultat, dass man nun an manchen Stellen unterbesetzt sei. „Wir erholen uns immer noch davon“, sagt sie. Auch dabei setzt das Team auf Gespräche und möglichst viel Transparenz. Die eine Maßnahme, mit der man die psychische Gesundheit der Mitarbeiter*innen stärkt, gebe es wohl nicht, sagt Marx. Es seien mehrere Teile, die zusammen ein gutes Arbeitsumfeld ausmachen. Aber: „Genug Personal ist, glaube ich, die wichtigste Mental-Health-Strategie.“ [Sarah Schaefer](#) <<



Hilfe für bedrohte Journalist*innen

Der Schutzkodex

Die Gewalt gegen Journalist*innen nimmt zu. In manchen Fällen kommt es zu körperlichen Angriffen, andere sind von Beleidigungen und Bedrohungen betroffen, etwa in Form von Hasskommentaren.

Der Schutzkodex sieht Standards für Medienhäuser vor sowie konkrete Maßnahmen, um festangestellte und freiberufliche Journalist*innen zu unterstützen. Dazu gehören feste Ansprechpersonen, psychologische und juristische Unterstützung sowie Hilfe für den Fall, dass ein Wechsel der Wohnung nötig wird.

Einige Medienhäuser setzen den Kodex bereits um, darunter der Spiegel, die Süddeutsche Zeitung, Funke und der Weser-Kurier. Den Schutzkodex gibt es seit 2022, er ist eine Initiative der dju in ver.di, Reporter ohne Grenzen, der Neuen deutschen Medienmacher*innen und der VBRG (Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt).

- > **Ansprechperson für Bedrohungen und Angriffe**
- > **Ansprechperson für Hassmails**
- > **Psychologische Unterstützung**
- > **Juristische Unterstützung**
- > **Gewährleistung von Personenschutz**
- > **Unterstützung bei Wohnungswechseln**
- > **Sperrung von Nutzer*innen**
- > **Social Media Watch**
- > **Kostenübernahme**
- > **Weiterbildungen**

<https://schutzkodex.de>



„Gewalterfahrung fängt nicht erst bei Kriegsberichterstattung an“

Der Thüringer Journalist Fabian Klaus recherchiert zu Rechtsextremismus und wird deshalb bedroht. Mit M sprach er über zunehmende Bedrohungslagen im Lokaljournalismus und die Unterstützung aus den Redaktionen.

„Hier gibt es in den Chefetagen eine deutlich spürbare Sensibilität.“

M | Sie sind seit vielen Jahren Reporter der Funke Mediengruppe in Thüringen. Im Frühjahr 2023 wurden Sie von einem Teilnehmer einer AfD-Demonstration in Erfurt angegriffen. Ende vergangenen Jahres zeigte der Ostthüringer Rechtsextremist Christian Klar in Gera ein Plakat mit einer diffamierenden Darstellung von Ihnen auf einer Demonstration. Die Polizei hat diesbezüglich Ermittlungen wegen Beleidigung aufgenommen. Was gibt Ihnen als Journalist angesichts solcher Erfahrungen Rückhalt?

Fabian Klaus | Ich habe eine Chefredaktion hinter mir, die mir Sicherheit gibt bei dem, was ich tue. Ich übe schließlich meinen Beruf aus, wenn ich berichte-erstatte. Es war nicht das erste Mal, dass ich attackiert wurde. Es musste hier nicht erst körperlich werden. Ein anderer Fall war eine Veranstaltung unter dem Titel „Patriotischer Aschermittwoch – deutsch und frei“ in Ronneburg im vergangenen Jahr. Hier war der Ort lange geheim gehalten worden. Dass die CDU-Bürgermeisterin die Vermietung der Halle erlaubt hatte, wurde im Nachhinein von deren Ortsverband damit gerechtfertigt, dass sie reingelegt worden sei, wie es hieß. Ich war an dem Abend zwar selbst nicht im Saal, hatte vor der Veranstaltung den Rechtsextremisten

aber einen Strich durch die Rechnung gemacht und mit einer Berichterstattung in der Ostthüringer Zeitung die Geheimniskrämerei um den Veranstaltungsort beendet. Das veranlasste den Veranstalter dann, mich an dem Abend von der Bühne aus zu beleidigen und anzukündigen, ich gehöre auf ein sogenanntes Schuldig-Plakat. Einige Monate und ein paar Berichterstattungen später hat er das dann umgesetzt.

Sie sind als Journalist schon viele Jahre mit dem Thema Rechtsextremismus in Thüringen befasst. Hat sich Ihrer Meinung nach der Umgang mit Gewalt oder deren Androhung gegen Pressevertreter*innen verändert?

Ich bin als sehr junger Journalist ohne viel Erfahrung mit 19 Jahren nach Fretterode geschickt worden. Dort lebt seit 1999 der militante deutsche Neonazi Thorsten Heise in einem ehemals als Pflegeheim genutzten Gehöft. Man hat mir damals gesagt: Mach doch mal was zu Heise. Und das habe ich damals auch gemacht. Im Eichsfeld wusste ja niemand wirklich, um wen es sich bei Heise handelt, auch ich nicht. So wurde ich dann mit einer der ersten Geschichten relativ unbedarft mit dem Thema gewaltbereite Neonazis konfrontiert. Aber auch wenn Redaktionspraktikanten zu mutmaßlich schweren Verkehrsunfällen geschickt werden, ist das eine sehr fragliche Entscheidung. Es kommt immer auf die Person an, inwieweit die sich mit bestimmten Themen auch befassen will. Aber so ohne Weiteres darf das nicht passieren. Es gibt im Lokaljournalismus auch sehr viele gute Themen. Oft wird aber auf das Thema gesetzt, das gute Zahlen verspricht.



Foto [M]: isso.medien

Im Jahr 2023 wurden laut Bundesregierung 290 Straftaten gegen Medien und Medienschaffende erfasst, davon 25 Gewaltdelikte.

Gerade Kolleginnen und Kollegen mit wenig Erfahrung sollten diese vielleicht doch eher in anderen, ebenso wichtigen Bereichen sammeln.

Es gibt also nach wie vor Bedarf, in Redaktionen stärker dafür zu sensibilisieren, Probleme potenzieller Traumatisierung nicht bei den einzelnen Journalist*innen zu lassen? Nach dem Motto: „Wenn du da nicht hart genug bist, dann bist du falsch im Beruf.“

Auf jeden Fall. Umgang mit Gewalt oder Gewalterfahrung fängt ja nicht erst bei Kriegsberichterstattung an. Die Funke Mediengruppe ist für mich da ein sehr positives Beispiel. Hier gibt es in den Chefetagen eine deutlich spürbare Sensibilität. Dennoch gibt es gerade in kleineren Redaktionen vermutlich weniger Ressourcen und Kapazitäten, vielleicht auch weniger Bewusstsein, dem Thema mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Man kann immer besser werden.

Interview: Claudia Krieg <<

Aschermittwoch von rechts

Auch in diesem Jahr fand der Aschermittwoch des rechtsextremen Vereins „Aufbruch Gera“ in der städtischen Veranstaltungshalle in Ronneburg statt. Die CDU-Bürgermeisterin Kriemhild Leutloff (CDU) nannte datenschutzrechtliche Vorgaben als Begründung, die Namen derjenigen nicht nennen zu können, denen die Halle vermietet wurde.

Anzeige

dju
Deutsche
Journalistinnen- und
Journalisten-Union

mjf ver.di
Medien, Journalismus, Film

**VER.DI
MEDIENTAG
SAT**

JOURNALISMUS, SÄULE DER DEMOKRATIE?
MEDIENMACHER*INNEN IN GEFAHR?

20. APRIL
2024

**ZEITGESCHICHTLICHES
FORUM LEIPZIG**
GRIMMAISCHE STR. 6, 04109 LEIPZIG

ANMELDUNG
UNTER:

V. I. d. S. P. vereinte Dienstleistungsgewerkschaft SAT, Kerstin Chagoubi, Landesbezirksfachbereichsleiterin FB-A, Karl-Liebknecht-Straße 30-32, 04107 Leipzig, Bearbeitung: Lucas Münzer

Das Ringen um die Finanzierung

Der Rundfunkbeitrag soll um 58 Cent steigen, empfiehlt die zuständige Kommission

Der finanzielle Spielraum von ARD, ZDF und Deutschlandradio schrumpft. Wie erwartet, empfiehlt die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) eine Erhöhung des monatlichen Rundfunkbeitrags ab 2025 um 58 Cent auf 18,94 Euro. Die von einigen Ministerpräsidenten geäußerten Forderungen nach Beitragsstabilität sieht die KEF angesichts der inflationären Entwicklung als übererfüllt an. Ver.di warnt vor weiterem Programmabbau und noch mehr Druck auf die Rundfunkbeschäftigten.

Für die Beitragszahler*innen läuft die Empfehlung bis 2028 auf eine Erhöhung um 0,8 Prozent pro Jahr hinaus. Damit liege die Steigerung „deutlich unter den aktuellen Preissteigerungsraten und auch unterhalb der von der Europäischen Zentralbank angestrebten Inflationsrate von ca. 2 Prozent pro Jahr“, erklärte KEF-Vorsitzender Martin Detzel bei der Vorstellung des 24. KEF-Berichts am 23. Februar in Berlin.

Angesichts des Bedeutungsgewinns der Digitalisierung und des veränderten Nutzungsverhaltens des Publikums misst die KEF der Entwicklung der Telemedien und des Online-Bereichs besondere Bedeutung bei. Diese betreffe neben klassischen Webseiten vor allem die Abrufdienste der Mediatheken und Audiotheken sowie die Nutzung von Drittplattformen. Gegenüber der laufenden Beitragsperiode hätten die Anstalten für den Zeitraum 2025–2028 rund 33 Prozent mehr Finanzmittel angemeldet. Den Zusatzforderungen der ARD für das „Entwicklungsprojekt digitale Erneuerung“ sei die Kommission indes nicht gefolgt. Sie betrachte die digitale Transformation nicht als Projekt, sondern als laufenden Prozess und müsse daher aus dem finanziellen Bestand finanziert werden.

Zur Begrenzung des Personalaufwands behält die KEF ihre Forderung nach einem jährlichen Abbau von 0,5 Prozent der besetzten Stellen bei. Unabdingbar sei aus Sicht der KEF auch, „dass die Anstalten sich dem Bereich der Vergütungen widmen“. Die KEF anerkennt die Eindämmung der Kosten für die betriebliche Altersversorgung in den Sendern vor dem Hintergrund der aktuellen Normalisierung der Kapitalmarktzinsen.

Kommission begrüßt Reformvorhaben

Perspektivisch begrüßt die Kommission die Reformvorhaben der ARD zur verstärkten internen Kooperation im Programm“. Sie vermisst aber nachvollziehbare Kalkulationen der finanziellen Auswirkungen und erwartet daher, dass die Effekte angekündigter und durchgeführter Reformvorhaben unter Berücksichtigung der Einspareffekte dokumentiert werden.

Ausdrückliche Kritik übte KEF-Chef Detzel an den „ab 2022 aufgedeckten Vorgängen in der Geschäftsleitung und das Kontrollversagen der Aufsichtsgremien des RBB“. Die KEF erkenne allerdings

Empfehlung KEF

18,36 €
+ 0,58 €
= 18,94 €
ab 2025

entspricht Steigerung von 0,8%

Streichprogramm um rund 1.800.000.000 €

Das entspricht etwa 2/3 der beantragten Mittel

Stärker als in vergangenen Beitragsperioden hat die KEF die Bedarfsanmeldungen der Rundfunkanstalten gekürzt. Trotz des massiven Streichprogramms um rund 1,8 Milliarden Euro – das entspricht etwa zwei Drittel der beantragten Mittel – sieht die KEF die Öffentlich-Rechtlichen für die Beitragsperiode von 2025 bis 2028 „bedarfsgerecht finanziert“. Gleichzeitig, so räumte Detzel ein, würde jedoch ein Unterschreiten der empfohlen Beitragshöhe „die zur Erfüllung ihres derzeitigen Auftrags notwendige Finanzierung gefährden“.

Gegenüber der laufenden Beitragsperiode

33% mehr Finanzmittel für Digitalisierung

angemeldet

Begrenzung „Personalaufwand“ – KEF fordert:

Abbau von 0,5% der besetzten Stellen

Qualitätsprüfung beibehalten

„Wobei allein die Diskussion, was Qualität ist, eine herausfordernde ist.“

Martin Detzel, KEF-Chef

„Die Landesregierungen müssen ihren Verfassungsauftrag ernst nehmen“ und gegen Populismus und Wahlkampfparolen „für eine Stärkung des Mediensystems im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger eintreten“.

Christoph Schmitz,
Mitglied im ver.di-Bundesvorstand

auch „die in diesem Zusammenhang vom RBB getroffenen internen Maßnahmen und Bemühungen zur Bereinigung der finanziellen Schäden“ an. Detzel nahm auch Stellung zu den Mitte Januar vorgelegten Reformvorschlägen des Expertengremiums Zukunftsrat. Die unter anderem angeregte Überprüfung von Qualitätsstandards bezeichnete Detzel als einen „zunächst scheinbar interessanten Ansatz“. Der darin geäußerten Überlegung, die KEF könne bei Nichteinhaltung solcher Qualitätskriterien Gelder einbehalten oder kürzen, stehe die Kommission allerdings skeptisch gegenüber. Dieser Vorschlag kollidiere mit der gut begründeten Programmautonomie der Öffentlich-Rechtlichen.

Qualitätsdebatten fänden schließlich schon heute im ÖRR statt und zwar mit den zuständigen Gremien. Gremien, deren Aufgaben überdies im erst kürzlich von den Ländern beschlossenen Vierten Medienänderungsstaatsvertrag aufgewertet worden seien. „Ich denke, dass der Ansatz, die Qualitätsprüfung innerhalb der Rundfunkanstalten beizubehalten, der richtige Weg ist“, sagte er. Und fügte hinzu: „Wobei allein die Diskussion, was Qualität ist, eine herausfordernde ist.“

Ebenso schwierig erscheine die Frage eines Eingriffs im Falle einer im Nachhinein festgestellten Nichterfüllung des Programmauftrags. Das schaffe erhebliche praktische Probleme, „denn die Gelder sind dann verausgabt“, weil die Anstalten „nach bestem Wissen und Gewissen ihren Auftrag erfüllt“ hätten. Wenn dann eine Institution mit dem Ergebnis nicht einverstanden sei, müsse sie „Gelder streichen, die aber nicht mehr da sind“. Diese Art von „Ex-post-Behandlung“ sei eher unpraktikabel, daher plädierte Detzel für eine Beibehaltung des bewährten Verfahrens. Das biete Planungssicherheit für die Anstalten – im Rahmen ihrer Programmautonomie und abgestimmt mit ihren Gremien.

Länder stellen sich quer

Zur Ankündigung einiger Ministerpräsidenten, eine Beitragserhöhung auf keinen Fall zu akzeptieren, bemerkte Detzel, die im April 2023 erfolgte Bedarfsanmeldung der Anstalten und die jetzt von der KEF vorgelegte Empfehlung beruhe auf dem Auftrag der Länder. Der sei mit dem zum 1.7. 2023 in Kraft getretenen Dritten Medienänderungsstaatsvertrag – „in heutigen Zeitabläufen noch fast druckfrisch“ – umgesetzt worden. Für die KEF gehe es darum, „einerseits eine funktionsgerechte Finanzierung der Anstalten sicherzustellen, andererseits auch die Belastung der Bürger*innen vor Augen zu haben“.

Die von der Medienpolitik vielfach angemahnte Beitragsstabilität sei „weder verfassungsrechtlich noch staatsvertraglich formuliert“. Daher könne diese Forderung auch „kein Maßstab für die Arbeit der KEF“ sein. Den Einwand, unter diesen Bedingungen könne der Bei-

trag ja nur nach oben gehen, lässt Detzel nicht gelten. Im Falle einer Umsetzung der KEF-Empfehlung auf eine Erhöhung um 58 Cent auf 18,94 Euro werde sich der Beitrag im Zeitraum 2009 bis 2028 von 17,98 Euro auf 18,94 Euro erhöht haben – eine Steigerung von nominell 0,26 Prozent pro Jahr. Inflationsbereinigt würde dieser Beitrag dagegen bei 24 bis 25 Euro monatlich liegen müssen. Tatsächlich liege er aktuell bei 18,36 Euro. Was also die Forderung nach Beitragsstabilität angehe, so Detzel: „Haken dran, nominell erreicht, relativ deutlich übererfüllt.“

Hat also die Politik keine Eingriffsmöglichkeit, in ihrem Sinne den Finanzbedarf der Rundfunkanstalten weitergehend zu steuern? Schon, so Detzel, „aber das Mittel der Wahl dazu ist der Auftrag“, der diesen Finanzbedarf bestimme. Daher kämen die aktuell formulierten Einwände der Politik zu spät. Schon vier Jahren habe es diese Diskussion gegeben, als das Verfahren sich schon im Stadium der Beitragsfeststellung befunden habe. Dazu habe das Bundesverfassungsgericht eindeutig erklärt: „Medienpolitik hat in diesem Stadium nichts mehr verloren.“

Verfassungsauftrag ernst nehmen

Aus gewerkschaftlicher Sicht fällt die vorgeschlagene Beitragserhöhung um 58 Cent definitiv zu niedrig aus. Dies bedeute „für die nächsten Jahre weniger Programm, erheblichen Druck auf die Rundfunkbeschäftigten und ein technisch hinter den Erwartungen der Gesellschaft zurückbleibendes Leistungsangebot bei ARD, ZDF und Deutschlandradio“, kritisierte Christoph Schmitz, für Medien zuständiges Mitglied des ver.di-Bundesvorstands. Bereits in der vergangenen Beitragsperiode habe angesichts der hohen Inflation die knappe Finanzierung zu Programmabbau und Beschäftigungsverlust bei Freien Mitarbeitenden in den Sendern geführt, ebenso zu geringerer Beauftragung und knappen Budgets bei Spielfilmen, Hörspielen und dokumentarischen Formaten.

„Die Landesregierungen müssen ihren Verfassungsauftrag ernst nehmen“ und gegen Populismus und Wahlkampfparolen „für eine Stärkung des Mediensystems im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger eintreten“, mahnte Schmitz. Jetzt ist die Politik am Zug. Für den Fall, dass einige Ministerpräsidenten sich weigern, der KEF-Empfehlung zu folgen, dürften die öffentlich-rechtlichen Anstalten wohl wieder vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Allerdings will die Rundfunkkommission der Länder bis zum Herbst einen neuen sogenannten „Reformstaatsvertrag“ vorlegen. Darin sollen auch die Ergebnisse eines KEF-Sondergutachtens einfließen, in dem mögliche Sparwirkungen einzelner Reformen auf den Rundfunkbeitrag untersucht werden. Dann könnten die Karten neu gemischt werden.

Von Günter Herkel <<

Verwaltungsräte treten aus dem Schatten

Die Verwaltungsräte der Öffentlich-rechtlichen Sender sind mächtig. Sie überwachen und kontrollieren die Geschäftsführung des Intendanten oder der Intendantin, soweit es nicht um die inhaltliche Gestaltung des Programms geht. Außerdem legen sie den Haushaltsplan und den Jahresabschluss fest, kontrollieren die Beteiligung an Unternehmen und vieles mehr. Ihre Beschlüsse fassen sie nicht öffentlich.



Einkaufs- und Kommunikationszentrum WDR Arkaden, das auch Transparenz und Offenheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks darstellen soll. Rechts das WDR-Archivhaus.

Foto: Elke Wetzig

Der Verwaltungsrat des Westdeutschen Rundfunks (WDR) hat nun erstmals Beratungsergebnisse aus seinen internen Sitzungen veröffentlicht. Im WDR-Gesetz und in der WDR-Satzung sind keine Transparenzvorgaben für den Verwaltungsrat enthalten. Sie gibt es im WDR-Gesetz nur für den Rundfunkrat, der öffentlich tagt. Im vorigen Jahr habe der Verwaltungsrat trotzdem entschieden, ab 2024 über die Ergebnisse seiner Sitzungen zu berichten, erklärte die WDR-Verwaltungsratsvorsitzende Claudia Schare auf Nachfrage.

Am 20. Februar hat der Verwaltungsrat im Internet die Ergebnisse seiner ersten Sitzung im Jahr 2024 veröffentlicht. In der Sitzung, die am 2. Februar stattfand, wurden demnach unter anderem mehrere TV-Produktionsverträge behandelt. Es gehe darum, mit der Veröffentlichung der Sitzungsergebnisse einen Teil dazu beizutragen, „Einblick in die Verwendung der Rundfunkbeiträge“ zu geben, so Schare weiter. Es sei „eine zunehmende Erwartungshaltung insbesondere bei den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern“ festzustellen, transparent über die Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks informiert zu werden: Diese Erwartungshaltung halte der Verwaltungsrat für berechtigt. Man wolle nun zeigen, „wie umfangreich und intensiv der Verwaltungsrat die Geschäftstätigkeit des Intendanten kontrolliert“.

Dem Verwaltungsrat gehören laut dem WDR-Gesetz „sieben sachverständige Mitglieder“ an. Sie werden vom Rundfunkrat gewählt. Außerdem entsendet der WDR-Personalrat zwei Mitglieder. Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung des WDR-Intendanten. Das gilt aber nicht für Programmentscheidungen. Dafür ist der Rundfunkrat zuständig. Der Verwaltungsrat prüft beispielsweise die Haushaltspläne, stellt den Jahresabschluss fest und genehmigt den Geschäftsbericht. Der Verwaltungsrat schließt ferner den Arbeitsvertrag mit dem Intendanten ab. Senderchef ist noch bis Ende 2024 Tom Buhrow. Den Dienstverträgen mit den Direktoren und den außertariflich bezahlten Beschäftigten muss der Verwaltungsrat zustimmen. Gleiches gilt für den Abschluss von Tarifverträgen und außerplanmäßigen Ausgaben des WDR. Das Gremium tagt laut Schare „in der Regel alle sechs Wochen mit Ausnahme der Schulferienzeiten“.

Genehmigte Transparenz

Auch wenn die Sitzungen des Verwaltungsrats nicht-öffentlich und vertraulich stattzufinden hätten, stünde dies „einer Veröffentlichung der Ergebnisse von Sitzungen nicht grundsätzlich entgegen“, erklärte die Verwaltungsratsvorsitzende. Diese Vorgaben dienen dazu, beispielsweise die Rechte der Beschäftigten des WDR und der Vertragspartner des Senders zu schützen. Daher werde es in den Sitzungsergebnissen auch keine personen- oder unternehmensbezogenen Angaben geben, so Schare. Ferner seien Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des WDR wie seiner Vertragspartner zu wahren.

Der WDR-Verwaltungsrat könne „die Sitzungsergebnisse grundsätzlich in Eigenregie veröffentlichen“, erklärte die Vorsitzende. Die Intendanz erhalte aber „aus Gründen der Good Governance“ vor der Veröffentlichung die Zusammenfassung der Sitzungsergebnisse zur Kenntnis. Die Intendanz könne dann mitteilen, ob sie bei einzelnen Punkten Bedenken etwa rechtlicher Art habe.

Nicht veröffentlichen will der Verwaltungsrat seine Sitzungstermine und Tagesordnungen. Wann die Sitzungen stattfinden, halte der Verwaltungsrat für „zweitrangig“, sagte Schare. Entscheidend für die Öffentlichkeit seien die Sitzungsergebnisse. Bei den Tagesordnungen sei ebenfalls zu prüfen, was veröffentlicht werden könne, um Rechte Dritter nicht zu verletzen. Der zeitliche Aufwand dafür wäre hoch, weil sich der Verwaltungsrat mit vielen Themen und Vorlagen befasse. Stattdessen sollten nun nach den jeweiligen Sitzungen die Ergebnisse möglichst zeitnah veröffentlicht werden, so Schare. Abzuwarten bleibt, ob die Regierungskoalition von CDU und Grünen in Nordrhein-Westfalen die Initiative des WDR-Verwaltungsrats aufgreift und bei einer Novellierung des WDR-Gesetzes Transparenzvorgaben für das Gremium gesetzlich verankert. Bislang sah die Regierungskoalition dazu keine Veranlassung.

Die Verwaltungsräte bei den übrigen acht ARD-Landesrundfunkanstalten, beim ZDF und dem Deutschlandradio tagen ebenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Doch die meisten dieser Gremien veröffentlichen die Tagesordnungen und die wesentlichen Beratungsergebnisse ihrer Sitzungen – entweder aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder wie beim Verwaltungsrat des Norddeutschen Rundfunks (NDR) aufgrund satzungsrechtlicher Vorgaben.

Reformen auch für Verwaltungsräte

Der Verwaltungsrat des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) informiert bislang nicht über seine Sitzungsergebnisse. Pflicht wird dies erst, wenn sich Anfang 2026 der Verwaltungsrat für die neue Amtsperiode konstituiert. So ist es im neuen RBB-Staatsvertrag geregelt, der Mitte Dezember verabschiedet wurde. Seine Sitzungstermine veröffentlicht der RBB-Verwaltungsrat nun aber schon im Internet.

Beim Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) gibt es für den Verwaltungsrat bisher im MDR-Staatsvertrag keine Transparenzvorgaben. Somit veröffentlicht das Gremium auch keine Sitzungsergebnisse direkt. Aber über den MDR-Rundfunkrat gibt es Informationen aus dem Verwaltungsrat. Im öffentlichen Teil der Rundfunkratssitzungen berichtet die Verwaltungsratsvorsitzende Birgit Diezel über Beratungen und Beschlüsse des Verwaltungsrats. Diese Informationen finden sich dann auch in der Zusammenfassung der jeweiligen Rundfunkratssitzung wieder, die online veröffentlicht wird. **Volker Nünning <<**



Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams gibt es zunehmend mehr. Sie sind hochinteressant, aber oft wenig bekannt.

Deshalb stellt M in jeder gedruckten Ausgabe und auf M Online einige davon vor.



„Wie geht es dem Storch in Berlin?“, „Artenschutz gibt es nicht auf dem Baumarkt“ oder „Was ist im Berliner Klärwasser?“ Das sind drei Themen der aktuellen Ausgabe des „Raben Ralf“. Die wohl älteste Umweltzeitung Deutschlands gibt es an vielen Stellen kostenfrei. Sie ist eine der letzten Zeug-

nisse der DDR-Oppositionsbewegung. Gegründet wurde sie im Februar 1990 noch in der DDR von der Grünen Liga, die sich als „Netzwerk ökologischer Bewegungen“ verstand. Ein wichtiges Ziel war damals die Berichterstattung über die vielen Umweltprobleme in der DDR, über die ansonsten nicht öffentlich berichtet wurde. „Es stellte sich heraus, dass die freie Verfügbarkeit von Umweltinformationen nicht bedeutet, dass der Schutz der Lebensgrundlagen genügend Aufmerksamkeit bekommt. Der Rabe Ralf hat Ökologie von Anfang an sehr weit gefasst und auch über soziale und ökonomische Fragen und über die Zusammenhänge zwischen diesen Sphären geschrieben“, beschreibt Redaktionsmitglied Matthias Bauer die Spannweite der Themen, die in der Zeitung behandelt werden. Schon beim Durchblättern sieht man, dass für die Redaktion Klima- und Umweltschutz zusammengehören. Über Kräuterspaziergänge wird ebenso berichtet, und auch der Infodienst Gentechnik hat eine eigene Rubrik, in der er sich kritisch mit dem Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft auseinandersetzt. Jede Ausgabe hat einen umfangreichen Kulturteil, in dem Bücher, Filme und Ausstellungen, die sich mit ökologischen Fragen befassen, besprochen werden.

Die Blattlinie war immer schon eine gesellschaftskritische. „Der Wechsel zu den erneuerbaren Energien bietet – wenn man ihn nicht „denen da oben“ überlässt viele Möglichkeiten für den Aufbau einer dezentralen und demokratischen Gesellschaft, dem, was Martin Buber einen „Weg nach Utopia“ genannt hat. Projekte, die hier ansetzen, stellen wir regelmäßig im Raben vor“, sagt Johann Thun, der ebenfalls Redaktionsmitglied ist. Auch eine große politische Breite bei den Autor*innen sei eindeutig erwünscht, betont Thun. „Vom linken SPD-Mann über die Aktivistin von „Black Earth Berlin“ bis zum Ökoanarchisten: Bei uns können sich alle einbringen. Außer Klimaleugner*innen natürlich, mit denen sind Diskussionen meistens zwecklos.“

Nun benötigt der „Rabe Ralf“ selbst Hilfe. Erhöhte Druckkosten und weggebrochene Fördergelder haben dazu geführt, dass die Zeitung womöglich eingestellt werden muss, wenn nicht bis Mitte März 2024 genügend Spenden und Förderabonnements zusammenkommen. Thun und Bauer sind dennoch optimistisch. Es wäre schließlich absurd, wenn eine Umweltzeitung in einer Zeit ihre Arbeit einstellen müsste, in der alle vom Klima reden. **Peter Nowak <<**

Honoraruntergrenzen bei der Kulturförderung



Claudia Roth will ein Versprechen einlösen und Mindeststandards für Honorare von Freien bei der Kulturförderung des Bundes sichern. Laut Ampel-Koalitionsvertrag von 2021 sollten öffentliche Gelder für die Kultur an faire Vergütung gekoppelt sein. Nun, so die Kulturstaatsministerin, werden „für den Kernbereich der Bundeskulturförderung“ Mindesthonorare für Künstler*innen und Kreative eingeführt.

Ab 1. Juli 2024 gibt es demnach eine garantierte Mindestvergütung für freie Kreative „in den Sparten Darstellende Kunst, Bildende Kunst, Wort, Musik und kulturelle Bildung“. Die Honoraruntergrenzen sollen garantiert sein, wenn Freie bei Institutionen oder an Projekten mitarbeiten, die zu mehr als 50 Prozent vom Bund gefördert werden. Eine neue Studie des Deutschen Kulturrates belegt neuerlich, dass das Einkommensniveau freier Künstler*innen in Deutschland „nach wie vor erschreckend niedrig“ sei, begründete Roth ihren jetzigen Vorstoß. Öffentliche Kulturförderung müsse bei angemessener Vergütung mit gutem Beispiel vorangehen.

Ab 1. Juli 2024 gibt es demnach eine garantierte Mindestvergütung für freie Kreative „in den Sparten Darstellende Kunst, Bildende Kunst, Wort, Musik und kulturelle Bildung“. Die Honoraruntergrenzen sollen garantiert sein, wenn Freie bei Institutionen oder an Projekten mitarbeiten, die zu mehr als 50 Prozent vom Bund gefördert werden. Eine neue Studie des Deutschen Kulturrates belegt neuerlich, dass das Einkommensniveau freier Künstler*innen in Deutschland „nach wie vor erschreckend niedrig“ sei, begründete Roth ihren jetzigen Vorstoß. Öffentliche Kulturförderung müsse bei angemessener Vergütung mit gutem Beispiel vorangehen.

Für einen langfristigen Strukturwandel

Die Aufnahme von Honoraruntergrenzen in die Bestimmungen der Kulturförderung der Beauftragten für Kultur und Medien (BMK) werde ab sofort Bestandteil der zu erlassenden Bescheide und gilt ab 1. Juli verbindlich. Maßstab für die einzuhaltenen Untergrößen seien „die entsprechenden Empfehlungen der jeweils einschlägigen Berufs- und Fachverbände der Künstlerinnen, Künstler und Kreativen“. Diese gelten für Tätigkeiten, die in der sogenannten Honorarmatrix der Kulturministerkonferenz erfasst sind, erläutert ein Sprecher der Kulturstaatsministerin auf M-Nachfrage: Journalistische Tätigkeiten und Öffentlichkeitsarbeit fallen nicht explizit unter die Vorgaben, sondern lediglich im „Bereich Wort werden Autorenlesungen er-

Berechne Dein Basishonorar!

für selbstständige Kreative auf Grundlage des TVöD

Dein Projekt:

Eingruppierung: EG 9b Unsicher bei der Auswahl? ?

Projektbezogene Arbeitszeit: Tage Stunden ?

- ↳ Dauer Veranstaltung (z.B. Aufführung, Unterrichtsstunde, Workshop, Lesung, Konzert, Podiumsdiskussion)
0
- ↳ Üben und Proben Aneignung von projektspezifischer Arbeitstechnik
0
- ↳ Vor- und Nachbereitung
0
- ↳ Dokumentation
0
- ↳ Konzeption
0
- ↳ Recherche
0
- ↳ für den künstlerischen Prozess notwendige Freiräume
0
- ↳ Ausprobieren
0
- ↳ Nachdenken
0
- ↳ Austausch
0
- ↳ projektspezifische Administration und Öffentlichkeitsarbeit
0
- ↳ Kommunikation mit Projektträger*in und Partner*innen
0
- ↳ Reise- und Transportzeit
0
- ↳ Sonstiger Zeitaufwand
0

Gesamtaufwand in Stunden: 0

Projektübergreifende Arbeitszeit von 25% ist einkalkuliert.

Sozialversicherung: Versichert über die KSK? ja nein ?

Betriebsausgaben: ?

- Pauschale (pro Jahr)
- Individuelle jährliche Ausgaben

Die Berechnung erfolgt inkl. Betriebsausgaben. Aufwendungen für Sozialversicherung sind einkalkuliert, die Umsatzsteuer ist nicht enthalten. Das Basishonorar ist keine Honorarempfehlung sondern dient der transparenten Kalkulation.

Dein Basishonorar:
0 €

fasst. Hierfür existieren Empfehlungen des VS in ver.di.“

Lena Falkenhagen, Vorsitzende des Schriftstellerverbandes VS, geht von einem „langfristigen Strukturwandel“ aus, der die Einkommenssituation verbessern könne: „Die tatsächliche Auswirkung der neuen Förderrichtlinie besteht allerdings in ihrer Strahlkraft“, so Falkenhagen. Die Einführung von Honoraruntergrenzen im Bund werde hoffentlich die Kulturförderung auch auf Landes- und kommunaler Ebene beflügeln.

Erfolg für Freie

Lisa Mangold, ver.di-Bereichsleiterin Kunst und Kultur, sieht es als Erfolg vor allem der gewerkschaftlichen Bemühungen, dass Honoraruntergrenzen bei Bundesförderung nun für viele freien Künstler*innen und Kreative greifen. ver.di hat bekanntlich bereits im Sommer 2022 ein spartenübergreifendes Basishonorarmodell für freie Künstler*innen und Kreative nach real geleisteten Arbeitsstunden und mit dem TVöD als Berechnungsgrundlage vorgelegt. Ziel war immer eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit und die verbindliche Verankerung in Förderrichtlinien. In aktuellen Absprachen mit der BMK sei klargestellt worden: „Diese ver.di-Basishonorare können nun hinsichtlich der Vergütungsuntergrenzen für die Bundeskulturförderung als übergreifendes Modell genutzt werden.“ Der ver.di-Erfolg ermögliche es laut Mangold gegebenenfalls auch Journalist*innen und anderen Medienschaffenden, für eine freie Mitarbeit an Kulturprojekten des Bundes Honoraruntergrenzen zu bestimmen und einzufordern. „Wir ermutigen Freischaffende ausdrücklich, auf angemessene Konditionen zu achten und diese bei Bedarf von Auftraggebern auch aktiv einzufordern“, so auch der Sprecher von Kulturstaatsministerin Roth.

ver.di hat für Soloselbstständige und Freie einen Online-Basishonorar-Rechner entwickelt. Damit können unkompliziert individuelle Honoraransprüche berechnet werden. [neh <<](#)



usprobieren!

Einfach kalkulieren mit dem ver.di-Honorar-Rechner

www.basishonorare.de

Mit einem eigens entwickelten Honorarrechner sorgt die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ab sofort für mehr Transparenz bei der Vergütung selbstständiger Kreativer.

Unter der Adresse www.basishonorare.de können Kreative und kulturelle Bildner*innen Honorare auf Grundlage des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) kalkulieren. Die Arbeitszeit innerhalb eines Projekts, inklusive Vor- und Nachbereitung, Proben etc., bildet dabei die Ausgangsgröße. Faktoren, die spezifisch für die Selbstständigkeit sind, wie Zeit für Akquise, Buchhaltung und Öffentlichkeit sowie Kosten für Sozialversicherungen, sind bereits eingerechnet. Der Honorarrechner wurde für den Bereich der Kulturfinanzierung entwickelt, um eine einfache Kalkulation von transparenten Honoraren in der Projektförderung zu ermöglichen.

„Wann immer die öffentliche Hand Kultur finanziert, müssen transparente Standards gelten. Dazu gehören faire und nachvollziehbare Honorare für Kulturschaffende. Die Basishonorare von ver.di orientieren sich am TVöD, sie sind spartenübergreifend und können sowohl von Kreativen als auch von der Verwaltung einfach nachvollzogen und geprüft werden“, betont Christoph Schmitz, im ver.di-Bundesvorstand für den Bereich Kunst und Kultur zuständig. <<

Einschüchterungsversuche der Hohenzollern als „Debattenbremse“?

Eine Studie der Uni Leipzig zeigt Folgen von SLAPPs auf

Eine Studie der Universität Leipzig hat am Beispiel der deutschen Adelsfamilie Hohenzollern untersucht, wie kritische Berichterstattung und Forschung durch gezielte Anwaltsstrategien beeinflusst oder behindert werden sollen. Die Kommunikationswissenschaftler*innen haben dabei die Wirkung von SLAPPs (Strategic Lawsuits Against Public Participation) aus Sicht der Betroffenen nachvollzogen. Verunsicherung und Einschränkung der Arbeitsfähigkeit sind direkte Folgen bei ihnen.

Im Jahr 2022 wurden in Europa rund 160 missbräuchliche Klagen eingereicht – der höchste je gemessene Jahreswert. „Die Dunkelziffer ist vermutlich höher“, so Dr. Uwe Krüger vom Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Uni Leipzig. Seit mehr als zehn Jahren sei eine wachsende „Verrechtlichung des Journalismus“ zu beobachten. Oft erhielten zum Beispiel TV-Politmagazine schon während ihrer Recherchen presserechtliche Warnschreiben von einschlägig bekannten Anwaltskanzleien: „Das ist zu einem Geschäftsmodell geworden und kein ausschließlich deutsches Phänomen“, sagt Krüger. Die Betroffenen – vor allem Journalist*innen, Umwelt- oder Menschenrechtsaktivist*innen, Künstler*innen oder Wissenschaftler*innen, die sich für die Zivilgesellschaft engagieren – sollen mit zermürbenden und kostenintensiven rechtlichen Auseinandersetzungen eingeschüchtert werden.

Agenda-Cutting als Folge von Einschüchterungen

Die Hohenzollern sind in den vergangenen Jahren mit über 120 Klagen und Abmahnungen besonders massiv juristisch gegen öffentliche Äußerungen zur politischen Rolle der Familie im Nationalsozialismus vorgegangen. Beklagte waren Redaktionen und andere Beteiligte in der öffentlichen Berichterstattung, aber auch Historiker*innen. Das ist wohl der Grund dafür, dass sich für die Leipziger Studie lediglich zehn Betroffene zu Interviews bereit erklärten. Sie sagten übereinstimmend, dass die rechtlichen Schritte der Hohenzollern-Familie sie zumindest zeitweise erheblich verunsichert und in ihrer Arbeit eingeschränkt hätten. Die Folgen bei den befragten Journalist*innen

waren u.a. ein defensiverer Sprachgebrauch oder die gänzliche Vermeidung des Themas Hohenzollern. Wissenschaftler*innen dagegen vernetzten sich untereinander und forschten weiter. Sie äußerten sich aber seltener in den klassischen Medien. „Auch uns gegenüber wogen die Befragten ihre Worte sorgfältig ab“, so Connor Endt und Max Beuthner, die die Studie im Rahmen ihrer Masterarbeiten durchführten. Dies zeige, so Krüger, „die erhebliche Wirkung auf zweiter Ebene“ – nämlich die Beeinträchtigung der Redebereitschaft der Betroffenen sowie der Thematisierung der Fälle durch Beobachter*innen in Forschung und Medienjournalismus – eine Art „Debattenbremse“ also. Die korrekte kommunikationswissenschaftliche Bezeichnung ist Agenda Cutting (Unterbindung einer Debatte), wenn Medien ihrer Aufgabe, relevante Themen für die Öffentlichkeit aufzuarbeiten, nicht oder nur eingeschränkt nachkommen.

Post von der Anwaltskanzlei

Erfahrungen mit der Familie sammelte auch der Hamburger Journalist und Gewerkschafter Lars Hansen. Am 10. Juli 2020 hatte er in „M Menschen machen Medien“ einen Beitrag unter dem Titel „SLAPP – Pressefreiheit under pressure“ veröffentlicht. Darin ging es um beständig zunehmende Einschüchterungsklagen gegen Journalist*innen. Hansen hatte als Beispiel das juristische Vorgehen der Hohenzollern gegen unliebsame Berichterstattungen angeführt. Es reichte ein Satz, um von ihnen verklagt zu werden. Der Prinz von Preußen habe sich als „besonders klagefreudig erwiesen, was die wissenschaftliche und mediale Aufarbeitung der Geschichte seiner Familie angeht“. Bei Hansen wie auch den Befragten der Leipziger Studie ging es bei den beanstandeten Aussagen also nicht um den Kern der jeweiligen Sache, sondern eher um Nebensächlichkeiten – ein Indiz für rechtsmissbräuchliche SLAPP.

Die Drohschrift der Anwaltskanzlei raubte Lars Hansen dennoch kurzzeitig den Schlaf: „In dieser Situation war ich einmal mehr froh, Gewerkschaftsmitglied zu sein. Ich bekam Rechtsschutz von ver.di und konnte aufatmen“, blickt er zurück. Am 19. August 2021 wies das Berliner Kammergericht die adeligen Kläger mit

Radiergummi:
shutterstock/Andrey Popov
Retusche: M/Petra Dreßler



Die Studie wurde in der führenden Fachzeitschrift „Publizistik“ unter dem Titel „Agenda-Cutting durch SLAPPs? Die Klagen der Hohenzollern und ihre Wirkung auf die Presse- und Wissenschaftsfreiheit aus Sicht der betroffenen Journalisten und Forscher“ veröffentlicht und kann dort als PDF heruntergeladen werden.

<https://kurzelinks.de/slapp>

klaren Worten in die Schranken und ver.di gewann in zweiter Instanz gegen Georg Friedrich Prinz von Preußen. Eine andere Entscheidung, so die Vorsitzende Richterin des 10. Zivilsenats, würde „die Pressefreiheit in unzulässiger Weise beschneiden“.

Gesetzgeber muss Schutz leisten

Das Bewusstsein rund um SLAPPs und die Folgen wächst. In der Europäischen Union soll in den kommenden Monaten eine Anti-SLAPP-Richtlinie über

Zivilsachen mit grenzüberschreitendem Bezug veröffentlicht werden. Die Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, entsprechende nationale Gesetze zu erlassen. In Deutschland gibt es noch nicht einmal einen Gesetzentwurf. „Im Licht unserer Forschungsergebnisse erscheint es richtig und wichtig, dass der Gesetzgeber sich jetzt darum kümmert, Kritiker, Kontrolleure und Aufklärer in der demokratischen Gesellschaft zu schützen“, unterstreicht Krüger. **Gundula Lasch** <<

Aktion für Ahmad Maher, Jemen

Kein faires Verfahren in Sicht

Die Sorge um den jemenitischen Journalisten Ahmad Maher ist groß: Erst wurde er im nach Unabhängigkeit strebenden Süden des Landes willkürlich festgenommen, dann wurde er gefoltert und misshandelt, bis er unter Zwang ein falsches Geständnis ablegte. Jetzt droht ihm ein unfaires Gerichtsverfahren. Dabei hat er keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand. Auch medizinische Versorgung wird ihm verwehrt.

Der 28-jährige Journalist wird von den De-facto-Behörden des jemenitischen Südübergangsrats (Southern Transitional Council) im Bir-Ahmad-Gefängnis in Aden festgehalten. Ahmad Maher muss sich seit Dezember 2022 wegen mutmaßlicher Verbreitung falscher und irreführender Nachrichten sowie Urkundenfälschung vor dem Sonderstrafgericht in Aden verantworten. Er war dort im August 2022 festgenommen und bei Verhören auf dem Polizeirevier von Dar Sa'ad von Sicherheitskräften gefoltert und misshandelt worden. So wollte man ihn dazu bringen, zu „gestehen“, an einem Überfall auf die Polizeiwache im März 2022 beteiligt gewesen zu sein. Seit seiner Festnahme ist Maher mehrmals in den Hungerstreik getreten, zuletzt für mehrere Tage Mitte Januar 2024. So will er erreichen, dass er zumindest ein faires Gerichtsverfahren bekommt.

Laut Angaben seiner Familie verschafften sich Sicherheitskräfte am 6. August 2022 ohne Durchsuchungsbeschluss Zutritt zum Haus von Ahmad Maher im Stadtteil Dar Sa'ad, schlugen ihn mit Gewehrkolben und griffen anwesende Familienmitglieder an. Nach seiner Festnahme wurde der Journalist über einen Monat lang auf der Polizeiwache von Dar Sa'ad festgehalten. Familienangehörige berichten, dass Ahmad Maher täglich gefoltert wurde, unter anderem durch Schläge, Waterboarding, Elektroschocks und Scheinhinrichtungen. Die Sicherheitskräfte drohten damit, seiner Familie, einschließlich seiner Frau und seiner Tochter, etwas anzutun. Bisher hat Ahmad Maher keinen Zugang zu medizinischer Versor-

gung erhalten, auch nicht für die Verletzungen, die er infolge der Folter erlitt.

Die Staatsanwaltschaft hat keine Beweise für die Beteiligung von Maher am Angriff auf die Polizeistation vorgelegt. Bei einer Anhörung vor dem Sonderstrafgericht am 6. März 2023 sagte der Journalist aus, gefoltert worden zu sein und sein „Geständnis“ unter Zwang abgegeben zu haben. Das Gericht ordnete jedoch keine Untersuchung der Foltervorwürfe an. Eine weitere Anhörung, die Ende Januar 2024 stattfinden sollte, wurde auf April verschoben.

Alle Konfliktparteien begehen im Jemen schwere Menschenrechtsverstöße wie willkürliche Inhaftierung, „Verschwindenlassen“, Folter und andere Misshandlungen. Im November 2023 berichtete die UN-Expert*innengruppe zum Jemen, dass Journalist*innen und andere, die öffentlich den Südübergangsrat kritisieren, inhaftiert oder bedroht würden. Der sogenannte Südübergangsrat strebt die Unabhängigkeit des Südjemen in den Grenzen von vor 1990 an, als es einen eigenständigen Staat dieses Namens gab.

Harald Gesterkamp <<

Was können Sie tun? Schreiben Sie an den Präsidenten des jemenitischen Südübergangsrats und fordern Sie die Freilassung des Journalisten Ahmad Maher, sofern dieser nicht einer erkennbaren Straftat beschuldigt wird. Verlangen Sie außerdem eine Untersuchung der Foltervorwürfe sowie eine angemessene medizinische Versorgung sowie Zugang für Maher zu seiner Familie und einem Rechtsbeistand.

Schreiben Sie auf Arabisch, Englisch oder Deutsch an:

Major General Aidaros Alzubidi
Präsident des Südübergangsrats
X: @AidrosAlzubidi

Senden Sie eine Kopie an:

BOTSCHAFT DER REPUBLIK JEMEN
Schmidt-Ott-Straße 7 · 12165 Berlin
Fax: 030 – 89 73 05 62 · E-Mail: info@botschaft-jemen.de

Hoffen auf Wandel in Guatemala

Wie ein Online-Portal ländliche Gebiete mit Informationen versorgt

Prensa Comunitaria heißt das Online-Portal, das in Guatemala seit zehn Jahren dafür sorgt, dass die Berichterstattung aus ländlichen Gebieten zunimmt. Indigene Journalist*innen sind dafür mitverantwortlich. Mit rund 60 Korrespondent*innen außerhalb der Hauptstadt ist Prensa Comunitaria derzeit das wichtigste Nachrichtenportal. Längst ist es zu Leser*innen vorgedrungen, die früher kaum erreicht wurden. Das hat viel mit steigender Qualität und einiges mit dem Wandel in der guatemaltekischen Gesellschaft zu tun.

Quimy de León

Quimy de León ist vorsichtig. „Den Zugangscode zu Colonia schicke ich später per Signal“, schreibt die Redaktionsleiterin von Prensa Comunitaria als wir uns per Messenger-Dienst zum Interview verabreden. Die aktuelle Redaktionsadresse wird auf dem Portal des Online-Magazins nicht preisgegeben. Der Grund sind die Angriffe auf das Medium und deren Mitarbeiter*innen, die es mehrfach gegeben hat. „Drei Redakteur*innen sind im Exil. Auch hier an unserer neuen Adresse hat uns schon die Polizei besucht“, erklärt Quimy de León am nächsten Tag in ei-

ner bewachten Wohnanlage am Rande des Zentrums von Guatemala Stadt in einem Privathaus. Seit rund einem Jahr ist das Haus die neue Redaktionsadresse, wo sich die derzeit rund 15 Redakteur*innen von Prensa Comunitaria treffen.

In die abgelegensten Regionen

Der Titel „Kommunale Presse“ ist gut gewählt, denn es geht den Macher*innen hinter dem Online-Portal darum, aus den Gemeinden der abgelegensten Regionen Guatemalas zu berichten. Diejenigen sollen zu Wort kommen, die dort dominieren: die indigene Bevölkerung.

Die stellt rund 44 Prozent der 18 Millionen Guatemaltekt*innen, kommt aber in den Medien des Landes kaum bis gar nicht zu Wort. Das will Prensa Comunitaria ändern und in den zehn Jahren ihrer Existenz hat die Redaktion dafür gesorgt, dass die mediale Nabelschau rund um die Hauptstadt erste Risse bekommen hat. Dazu tragen auch andere unabhängige Redaktionen wie Plaza Pública, No Ficción oder Agencia Ocote bei. Keine ist aber so eng mit den indigenen Gemeinden Guatemalas verwoben wie Prensa Comunitaria. „Wir haben ein Netz von rund 60 Korrespondent*innen in den Regionen, viele davon werden von ihren Gemeinden dafür abgestellt zu berichten – sie haben einen Auftrag“, erklärt Quimy de León und ihre Kollegin Lucy Chay nickt zustimmend.

Die beiden Frauen, beide in den 30ern, bilden die Redaktionsspitze von Prensa Comunitaria. „Wir haben derzeit alle Hände voll zu tun, die laufende Berichterstattung rund um die Verteidigung der neuen Regierung und ihren Start mit der Planung für das laufende Jahr und den Abschluss von 2023 zu koordinieren“, sagt de León. Ein gravierendes Problem ist, dass 2024 weniger Ressourcen zur Verfügung stehen als im Vorjahr. „Auf 42 Prozent belaufen sich die Kürzungen aus den skandinavischen Ländern, die uns unterstützen. Die können wir nur partiell durch Gelder anderer Geber ausgleichen“, klagt de León. Folgerichtig wird das laufende Jahr ein schwieriges. Ein Widerspruch, denn genau jetzt benötigt das größte mittelamerikanische Land Medien, die den aktuellen Regierungswechsel begleiten, die den traditionellen Eliten auf die Finger schauen und frühzeitig auf Versuche von Abgeordneten oder auch Regierungsvertreter*innen hinweisen zu korrumpieren oder einzuschüchtern.

Beispielhafte Screenshots der Webseite
<https://prensacomunitaria.org>





Unterstützer des inhaftierten Journalisten Jose Ruben Zamora und Presse begleiten ihn, als er am 21. Februar 2024 in Guatemala-Stadt in Handschellen das Gericht verlässt. Zamora – Gründer der eingestellten Zeitung „El Periodico de Guatemala“ – wurde 2023 wegen Geldwäsche zu sechs Jahren Haft verurteilt, doch ein höheres Gericht hob diese Entscheidung auf und ordnete ein neues Verfahren an.

Foto: AP Photo/Moises Castillo

Guatemala Land sei auf dem strukturellen Rassismus gegenüber der indigenen Minderheit aufgebaut, kritisiert Quimy de León. Diese tradierten Verhältnisse stellt die neue Regierung Bernardo Arévalo in Frage und das ist ein Hoffnungsschimmer für Quimy de León, die Redaktion von Prensa Comunitaria und breite Gesellschaftsschichten. „Bernardo Arévalo hat sich unserer Redaktion und unseren Korrespondent*innen zum Interview Anfang September gestellt, nachdem er die Stichwahl vom 20. August mit großem Vorsprung gewann. Das war ein guter Auftakt“, erinnert sich Lucy Chay. Ein Video dieses Interviews mit dem damals designierten, am 15. Januar vereidigten Präsidenten kann man noch immer im Internet finden.

Eckpfeiler der Macht: Korruption und Paternalismus

Dabei hat sich Arévalo klar und deutlich zum Schutz der Pressefreiheit bekannt und zu seinen ersten Amtshandlungen gehörte auch die Vorladung der amtierenden Generalstaatsanwältin María Consuelo Porras zur Kabinettsitzung am 29. Januar. Dort sollte die Frage auf den Kabinettschisch kommen, auf welcher Grundlage der international bekannte und prämierte investigative Journalist José Rubén Zamora noch immer im Gefängnis sitzt. „Positiv“, so Luca Chay, die bis Anfang 2023 Redaktionsleiterin von elPeriódico, der von Zamora gegründeten Tageszeitung war, und seit knapp

einem Jahr bei Prensa Comunitaria mit Quimy de León die Redaktionsleitung innehat. „Die Lücke, die elPeriódico hinterlassen hat, können wir bei weitem nicht füllen. Zumal wir einen anderen Schwerpunkt haben, nicht der Korruption und der Mittelvergabe im Staatssektor wie elPeriódico hinterherspüren. Das ist nur punktuell der Fall“, erklären die beiden Frauen.

Allerdings ist das Online-Portal mit rund sechs Millionen Clicks pro Woche eines der Medien, die an Präsenz gewonnen haben und Hintergründe aufzeigen. Interviews mit indigenen Persönlichkeiten über deren Förderungen und Reformvorschläge gehören genauso dazu wie die Optionen, die Frau loszuwerden, die die 180 Grad-Wende im Justizsektor zu verantworten hat: Generalstaatsanwältin María Consuelo Porras. Mindestens 86 ehemalige Justizangestellte, Anwälte, aber auch Journalist*en wie Zamora wurden aufgrund ihrer fadenscheinigen Anklagen inhaftiert oder mussten ins Ausland fliehen. In Diskussion ist deshalb ein neues Gesetz, das die Absetzung Porras ermöglichen würde. Davon könnte indirekt auch Prensa Comunitaria profitieren. Denn sollte die Justizreform, die die Regierung Arévalo initiieren will, zustande kommen, ist es wahrscheinlich, dass auch die drei exilierten Redakteur*innen wieder zum Redaktionsteam stoßen. Das könnte für die Presselandschaft in Guatemala Signalcharakter entfalten.

Knut Henkel <<

Wir trauern um Detlef Hensche, Sybille Stamm, Hanne Daum und Hermann Haubrich

Detlef Hensche

Detlef Hensche, der langjährige Vorsitzende der IG Medien, ist tot. Er verstarb im Alter von 85 Jahren am 13. Dezember 2023 in Berlin. „Die Gewerkschaftsbewegung allgemein und ver.di im Besonderen haben einen außergewöhnlichen Menschen und einen großen Gewerkschafter verloren“, sagte ver.di-Vorsitzender Frank Werneke. Hensche, einer der Gründerväter von ver.di, habe in seiner aktiven Zeit mit Weitblick, Scharfsinn und großer Entschlossenheit die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten. Politisch sei er stets an der Seite der Schwachen geblieben und habe sich nicht wechselnden politischen Moden unterworfen.

„Für Detlef Hensche war Solidarität kein leerer Begriff, sondern eine politische Verpflichtung. Das hat er immer gelebt. Er wird uns sehr fehlen“, betonte Werneke.

Mehr:

<https://kurzelinks.de/dqkb>

<https://kurzelinks.de/8cqq>



Sybille Stamm



Sybille Stamm starb am 14. Dezember 2023 im Alter von 78 Jahren. Sie war die erste Landesbezirksleiterin in Stuttgart nach der ver.di-Gründung 2001 bis zu ihrem Rentenbeginn 2007. Unter ihrer Leitung wuchsen die fünf Gründungsgewerkschaften im Land zusammen.

Martin Gross, ver.di-Landesbezirksleiter:

„Sybille gehörte zur ersten Frauengeneration in gewerkschaftlichen Führungspositionen. Vor der ver.di-Gründung war Sybille Landesvorsitzende der IG Medien, davor in der Bezirksleitung der IG Metall. Die erfolgreiche Streikauseinandersetzung um die stufenweise Einführung der 35-Stunden-Woche in den 80ern des letzten Jahrhunderts hat sie geprägt. Ihr Einsatz für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, auch in der Gewerkschaftsbewegung, war beispielgebend für viele.“

Mehr: <https://kurzelinks.de/avzo>

Foto: ver.di

Hermann Haubrich



Hermann Haubrich starb am 16. Januar 2024. Seit Mitte der 90er Jahre hat Hermann als freier Grafiker und Fotograf für „Menschen Machen Medien“ und die IG Medien, später ver.di, gearbeitet. Er wurde nur 69 Jahre alt.

Langjährige Menschen Machen Medien-Leserinnen und Leser kennen seine Titelbilder und bis heute die vielen Fotos von Hermann, die in M Print, auf M Online und den Websites der Fachgruppe Medien, Journalismus und Film, vor allem der dju in ver.di, zu sehen sind.

Er gestaltete viele Jahre die Formulare für die Presseausweis-anträge und war immer ein engagierter Ansprechpartner, wenn es um grafische Fragen bei der Produktion von Flyern und Broschüren ging. Wir werden ihn vermissen.

Hanne Daum



Hanne Daum ist am 9. Januar 2024 gestorben, sie wurde nur 73 Jahre alt. Hanne Daum hat die letzten Jahre des SFB und den jungen RBB mitgeprägt: als Personalratsvorsitzende und leidenschaftliche Gewerkschafterin. Kolleginnen und Kollegen, die mit ihr zusammengearbeitet haben, sind betroffen und traurig.

Die ersten Digitalisierungs- und damit Rationalisierungswellen im Rundfunk hat sie aktiv mitgestaltet. Ihr Denken und Handeln hatte einen klaren Fokus: gute Arbeits- und Einkommensbedingungen für ihre Kolleginnen und Kollegen. Umstrukturierungen im Sender sollten nicht auf Kosten und auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Die gab es auch schon reichlich im SFB, und erst recht galt das für die Fusion.

Mehr: <https://kurzelinks.de/1asy>

Fotos (3): transit / Christian von Polentz

Top Tarifergebnis im Kino

In den Tarifverhandlungen mit der Kino-Kette UCI (United Cinemas International GmbH) wurde am 19. Februar 2024 ein Tarifergebnis erzielt, das an vielen Stellen die ver.di-Forderungen erreicht, so auch den Einstiegslohn von 14 Euro. In der anschließenden Befragung der Mitglieder bis zum 4. März gab es keinerlei Ablehnung. Somit beschloss auch die ver.di-Tarifkommission einstimmig die Annahme des Tarifergebnisses.

Für die rund 900 Beschäftigten des Kinokonzerns steigen die Löhne nun rückwirkend ab Januar in vier Stufen um insgesamt rund 9,5 Prozent. Die zentrale Forderung der ver.di-Tarifkommission von 14 Euro Einstiegsgehalt für Servicekräfte wird mit diesem Tarifergebnis ab der vierten Erhöhungsstufe am 1. Juli 2025 erreicht.

Bei einer Laufzeit von zwei Jahren bis zum 31. Dezember 2025 konnten auch weitere Verbesserungen erzielt werden, wie zum Beispiel eine zusätzliche Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 150 Euro (für Vollzeit-Beschäftigte, für TZ mind. 75 Euro). Im Jahr 2025 steigt auch die reguläre Jahressonderleistung um 10 Prozent auf 880 Euro.

14 Euro und Jahressonderleistungen

Mit der Umstellung auf ein verbessertes Vergütungssystem konnte noch eine Kernforderung der ver.di-Tarifkommission umgesetzt werden. Ab sofort wird die Betriebszugehörigkeit bei einem internen Wechsel aus dem Servicebereich zum Guest Experience Supervisor (GES) so angerechnet, dass keine bereits gesammelten Erfahrungsstufen (und damit verbundene höhere Vergütung) verloren geht. Das neue Zulagen-system für diese Berufsgruppe umfasst drei Stufen, die in Kombination mit dem regulären achtstufigen Lohnstufensystem wirkt. Diese Neuerung wurde bei betriebsinternen Gesprächen besonders positiv bewertet.

Der ver.di-Tarifkommission ist es außerdem gelungen, die Einführung einer weiteren Lohnstufe für langjährig Beschäftigte ab 25 Jahre Betriebszugehörigkeit durchzusetzen.



Foto: Julia Mole

Neben den Lohnsteigerungen wurden verbesserte Zulagenregelungen vereinbart: Ab dem 1. Januar 2024 wird eine schichtbezogene Zulage für die Einarbeitung neuer Beschäftigter eingeführt. Die Zulagen von Teamleitungen und Supervisor*innen sowie Lagerist*innen/Aushilfen Haustechnik werden ebenfalls erhöht.

Das Tarifergebnis ist sowohl für die Beschäftigten bei UCI als auch für die Kinobranche insgesamt ein positives Zeichen. Mit den guten Lohnsteigerungen, dem Bekenntnis zu den 14 Euro Einstiegslohn und den verbesserten Bedingungen für langjährige Mitarbeiter*innen konnten die ver.di-Forderungen umfangreich umgesetzt werden. Angesichts der stockenden Tarifverhandlungen mit den Kinokonzernen CinemaxX und CineStar gewinnt das Tarifergebnis mit UCI auch Strahlkraft für die weiteren Verhandlungen in der Branche. Wertschätzung von Beschäftigten und ihrer Arbeitsleistung kann nämlich auch so gezeigt werden: Mit guten Tarifverträgen.

Martha Richards <<

Impressum

M 1/2024 Jhg. 73

Menschen Machen Medien

Das medienpolitische Magazin von ver.di erscheint vier Mal im Jahr als Print-Ausgabe mit jeweils einem Schwerpunktthema. **M Online** berichtet aktuell aus der Medienbranche: <https://mmm.verdi.de>

Herausgeber: ver.di Bundesvorstand, Frank Werneke, ver.di-Vorsitzender, Christoph Schmitz, Leiter Ressort 7

Redaktion: ver.di Bundesverwaltung
M Redaktion, Julia Hoffmann (verantwortl.), Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin. Tel: 030 / 69 56 23 26
Fax: 030 / 69 56 36 57
Julia.Hoffmann@verdi.de
twitter.com/Mx3_Online
www.facebook.com/menschenmachenmedien – www.instagram.com/menschenmachenmedien/
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen: ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstr. 66, 10783 Berlin, Fax 030/740 73 16 54. anzeigen@ask-berlin.de. Ansprechpartnerin: Simone Roch. Tel. 030/740 73 16 32. Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 28 gültig ab 1.1.2023.
Abonnement: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt. Tel 0711/700 15-30, service@verlag-weinmann.com
Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag erhalten. Jedes Heft kostet 9 Euro (inklusive MwSt.).

ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen können M zu einem ermäßigten Preis abonnieren.

Gestaltung: Petra Dreßler, vision-und-gestalt.de
Druck und Vertrieb: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG, Marktweg 42-50 47608 Geldern
Redaktionsschluss M:
M 01.2024: 26.02.2024
M 02.2024: 03.06.2024

Intern. Standard Serial Number
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

**WENN
NIEMAND
MEHR ÜBER
DEN KRIEG
IN SYRIEN
BERICHTET,
IST DANN
AUTOMATISCH
FRIEDEN?**



REPORTER OHNE GRENZEN E.V. - WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE
SPENDENKONTO IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80 - BIC: BEVODE33

**REPORTER
OHNE GRENZEN**
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT